

Marx ohne Fiktion

Michael Heinrich, Karl Marx und die Geburt der modernen Gesellschaft. Biographie und Werkentwicklung. Band I: 1818-1841, 424 Seiten, Schmetterling Verlag, Stuttgart 2018, 29,80 Euro

Michael Heinrich hat sich in den letzten 25 Jahren als international anerkannter Experte in Sachen Marx' scher Politischer Ökonomie profiliert und zu den wichtigsten kontroversen Themen um das „Kapital“ eigene Lösungen vorgeschlagen.

Im letzten Jahr ist von ihm eine seit längerem angekündigte Marx-Biografie erschienen bzw. ihr erster Band. Zwei weitere Bände sollen folgen, die, werden die 420 Seiten zum frühen Marx'schen Lebensabschnitt als Maßstab genommen, entweder sehr gedrängt ausfallen müssen oder zusätzliche Bände erforderlich machen. Das Buch wurde, soweit der Rezensent es überblickt, bisher meist positiv besprochen, was damit zu tun haben dürfte, dass es zeitlich nur bis 1841 reicht – als Marx gerade sein Studium beendete. Schriftlich überliefert sind von ihm bis dann nur die Abiturarbeiten, Gedichte und (unvollständig) die Dissertation. Mit 23 Jahren war Marx noch kein politischer Akteur; die Kontroversen um ihn setzen gewöhnlich später ein.

Alle paar Jahre erscheint eine Marx-biografie. Die meisten kamen, nahe liegend, vor 1990 heraus, zum Jubiläum „Marx 200“ (2018) jedoch gleich mehrere, darunter die umfangreiche von Gareth Stedman Jones (vgl. Z 116, 121ff.). Die Frage liegt also nahe: brauchen wir noch eine? Heinrich stellt die Frage selbst.

Fast allen Biografien neueren Datums ist ein Grundzug gemein, dass sie Marx „historisieren“ wollen. Dagegen ist nichts zu sagen, im Gegenteil. Marx muss wie jeder andere „Prominente“ im Umfeld seiner Zeit betrachtet werden, nicht nur sein Leben im engeren Sinn, auch sein Werk. Aber Autoren wie Sperber oder Stedman Jones meinen etwas anderes: Marx lebte und schrieb im 19. Jahrhundert, und da gehöre er auch hin. Deckel drauf! Er habe uns heute nichts mehr zu sagen, und eigentlich lag er auch schon zu Lebzeiten falsch. Heinrich betrachtet Marx und seine Werk-Entwicklung ebenfalls in seinem Umfeld, aber mit anderer Absicht.

So verzichtet er auf „biographische Fiktion“, verwendet nur tatsächlich überlieferte Zeugnisse aus nachprüf-baren Quellen – anders als viele Biografen, die voneinander abschreiben und häufig noch eigene Spekulationen zusetzen. Oft muss Heinrich „Vorgänger“ widerlegen. Beispiel: Der 18-jährige Bonner Student habe sich im August 1836 in Köln duelliert. Bei Fritz Raddatz (1975) wird daraus ein Pistolenduell. Francis Wheen (1999) phantasierte, dass Marx, der der „Trierer Tischgesellschaft“ angehörte (die sich auch dem Fechten widmete), sich an einer anderen Verbindung habe rächen wollen, weil sie angeblich seine Kommilitonen gezwungen habe, niederzuknien und dem preußischen Adel Treue zu schwören. Zwar fand Heinrich heraus, dass Liebknecht 1896 Marx einen begeisterten Fechter nannte, und zwar auch noch in den 1850ern in London. Aber von einem Kölner Duell ist nichts belegt. Aus den Akten geht lediglich hervor, dass mit Marx' „Stockdegen“ (Klinge im

Spazierstock) einer seiner Begleiter einen Unbeteiligten verletzte und Marx zu 20 Talern Strafe verurteilt wurde. „Der Kölner Vorfall hatte also nichts mit einem Duell zu tun, er gehörte eher in die Kategorie Straßenschlägerei, wobei über die Hintergründe nichts bekannt ist.“ (154)

Was die Abituraufsätze betrifft, so heben die Biographen üblicherweise den Einfluss des liberalen Lehrers Wyttenbach auf den Deutschauufsatz unter Verweis auf die Marx'sche Äußerung über seine Berufswahl hervor, nämlich „für die Menschheit zu wirken“. Für einige Biografen ist das bereits das formulierte Programm des späteren Revolutionärs. Unbeachtet bleibt gewöhnlich, dass sich der gleiche Gedanke auch bei Mitschülern findet. Heinrich analysiert darüber hinaus die politischen Anschauungen der anderen sechs bis sieben Lehrer. Unter ihnen gab es weitere Liberale, ungewöhnlich für eine Stadt wie Trier (105-125). Weiter fragt er, warum: sich Marx im Deutsch- und Religionsaufsatz auf die „Gottheit“ bezieht – musste er das, um überhaupt die Prüfung zu bestehen?, Heinrich zufolge stimmt das Letztere, und er sucht nach dem Zeitpunkt für nachweislichen Atheismus.

Marx' Berliner Gedichte und literarischen Versuche waren kein Zeitvertreib (langweilig war es Marx nie) und entsprangen auch nicht nur der Sehnsucht nach der fernen Braut. Marx, so erfahren wir bei Heinrich, wollte tatsächlich Dichter werden, auf keinen Fall dem Wunsch des Vaters gemäß eine Karriere im Staatsdienst antreten. Das letztere gelang, die Dichtkunst nicht. Interessant die Begründung hierfür bei Heinrich. Er teilt

nicht Mehrings Urteil, die literarischen Versuche des 18-Jährigen hätten keinen ästhetischen Wert gehabt. Heinrich ordnet sie der Romantik der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu (lesenswert der Exkurs über den Romantikbegriff) und betont nicht nur, dass Marx „stilistisch und thematisch experimentiert“ (206), sondern er sieht auch eine gewisse lyrische Weiterentwicklung (198-209). (Nicht jedem dürfte bekannt sein, dass zwei Gedichte 1841 unter dem Titel „Wilde Lieder“ in der Zeitschrift *Athenäum* gedruckt wurden). Allerdings ist Marx selbstkritisch genug. Er durchlebt 1837 eine „intellektuelle Krise“, ist wochenlang krank. Als Ursache hierfür wird oft Verzweiflung über den Mangel an künstlerischem Talent herangezogen, die schließlich durch die Hinwendung zu Hegel überwunden wurde. Heinrich sieht es anders herum: Es war Hegels Kritik an der Romantik, die Marx seine Gedichte in neuem Licht sehen ließ. Erst Hegel, dann Abkehr von der Dichtkunst. Nicht umgekehrt. Hier ist auch der Platz für die Anmerkung, dass Heinrich die ex post üblich gewordenen Identifikationen von „Alt- mit Rechts-Hegelianismus“ und „Jung- mit Links-Hegelianismus“ nicht akzeptiert.

Einzugehen ist drittens auf Bruno Bauer, heute vor allem durch Marx' und Engels' Kritik in der „Heiligen Familie“ (1845) und der „Deutschen Ideologie“ (1846) bekannt. Bauer war bis 1841 der engste Freund von Marx und, einige Jahre älter, schon Dozent. Üblicherweise tritt Bauer in die Marxbiografien erst ein, als er mit Marx zusammentrifft. Seine eigene verschlungene geistige Entwicklung

vor der Bekanntschaft mit Marx wird kaum berührt. Anders bei Heinrich, der in einem eigenen Kapitel Bauer als spekulativen Theologen, Atheist und Evangelienkritiker behandelt (309-330).

Es bedarf keiner besonderen Erwähnung, dass Heinrich am Anfang Marx' Jugend in Trier umfassend darstellt (unter Verwendung der neuesten biografischen Daten von Manfred Schöncke), und dass er sich am Schluss ausführlich mit der Doktor-dissertation befasst: Die Abhandlung über altgriechische Philosophie war keineswegs rückwärtsgewandte Altphilologie. Infolge des engen Zusammenhangs zwischen Religion und Politik in Preußen war Religionskritik zugleich Kritik am Staat.

Und auch das gehört zu einer Biografie, die Leben und Werk im historischen Kontext verortet. Heinrich fragt: Wie viele Studenten gab es damals in Deutschland? 12.000, heute eine Million. Wer sich ein Studium leisten konnte, war nicht arm, wohnte nicht schlecht und gab u.a. viel Geld für gute Kleidung aus. Marx war keine Ausnahme, allerdings nur bis zum frühen Tod des Vaters (1838). Bald danach sollten ihn Geldsorgen ein Leben lang bedrücken.

Auf den nächsten Band der Biografie dürfen Marx-Interessierte gespannt sein. Und der vorliegende Band weckt die Hoffnung, auf die Fortsetzung nicht lange warten zu müssen.

Winfried Schwarz

Russische Sozialutopien in der Geschichte

Thomas Möbius, Russische Sozialutopien von Peter I. bis Stalin. Historische Konstellationen und Bezüge, LIT Verlag, Berlin/Münster 2015, 760 Seiten, 79,90 Euro

Der Buchtitel führt etwas in die Irre: Die Personifizierung durch zwei der bekanntesten russischen bzw. sowjetischen Herrscher deutet auf einen Praxisbezug hin, der bestenfalls die Hälfte des Buches ausmacht. Der andere Teil stellt literarische Utopien vor, die in dieser Zeit verfasst wurden.

Diese Diskrepanz erweist sich beim Blick auf den Utopiebegriff von Möbius jedoch als unbedeutend. Im Gegenteil: Gerade das Herausarbeiten des dialektischen Verhältnisses der Utopie, das gegenseitige Bedingen und Beeinflussen von Theorie und Praxis zeichnen das Buch aus.

Neben dem Wechselspiel zwischen konkreter und abstrakter Theorie im Sinne Ernst Blochs durchzieht die russische Utopie- und Theoriegeschichte das Verhältnis zum Westen als Bejahung oder Verneinung, diese in Form von antiwestlicher Slawophilie.

Den Anfang seiner Abhandlung setzt Möbius bei Peter I. Dessen umfangreiches Reformprogramm sollte das Land an die europäische Aufklärung heranführen und den Feudalismus überwinden. Der russische Utopiediskurs reagierte darauf, wie Möbius anhand ausgewählter Autoren aufzeigt. Einen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt er dabei nicht. Eigene Kapitel widmet er u.a. Michail M. Schtscherbatows adelskritischer „Rei-

se ins Land Ophir ...“ (1784) und A. N. Raditschschevs fiktiver „Reise von Petersburg nach Moskau“ (1790), in der gegen die Leibeigenschaft und die Autokratie plädiert wird. Es folgen Tschernyschewskis revolutionäres „Was tun?“ (1867) sowie als Gegenentwurf dazu Dostojewskis anti-utopisches und slawophiles Werk.

Im Westen blühten um die Wende zum 20. Jahrhundert Technikutopien und Science-Fiction. Dieser Trend schwappte auch nach Russland. Hier hieß der erste Erfolgsautor einer Utopie, die Marxismus mit Technik euphorie verschmolz, Alexander Bogdanow. Sein 1907 erschienener Roman „Der Rote Stern“ wurde zum wirkmächtigen Buch der Bolschewiki, wenngleich Lenin wenig angetan von dessen Utopismus war.

In der Revolution 1917 spielte Bogdanow zeitweise eine Rolle, als er versuchte, seinen Proletkult zu realisieren. Er war dabei nur einer von vielen Akteuren. Die ersten beiden Jahrzehnte der Sowjetunion waren geprägt vom Aufstieg und Niedergang des Utopischen, vom schrittweisen Sieg der Realpolitik und ihrer Ideologie. Möbius zeichnet diesen Wandel am Beispiel der Vorstellungen einer neuen, sozialistischen Lebensweise akribisch nach. Die Literatur spielt hierbei nur einen kleinen Part. Die „neue Lebensweise“ umfasste Ökonomie, Architektur/Stadtplanung, Geschlechterrollen, Familienbilder, Bildungssysteme, Verwaltung. Nahezu alle Bereiche der Gesellschaft kamen auf den Prüfstand. Gesellschaftliche Emanzipation und uneingeschränkter Technikglaube waren die Triebfedern. Eine neue Welt schien möglich, ein „Neu-

er Mensch“ schwebte den Revolutionären vor.

Alexandra Kollontais Modell einer Neuordnung von Geschlechterrollen, Familienbildern und Sexualität wurde damals viel diskutiert. Eine Aufhebung der tradierten Kleinfamilie schien möglich. Mit der Einführung des Neuen Ökonomischen Systems erfuhren diese Debatten einen Rückschlag, u.a. weil die Männer aus dem Bürgerkrieg zurückkehrten und die Regierung ihre Ausgaben für Kinderbetreuung u.ä. zurückfuhr. Kollontais emanzipatorische Ideen scheiterten an der politisch-ökonomischen Praxis.

Viel Platz räumt Möbius städtebaulichen Utopien ein. Mit ihnen wurde eine völlige Neuordnung der gesamten Wohnfrage angestrebt. Wohnen würde für alle erholend und kraftschöpfend sein. Kommunehäuser hinterfragten soziale Hierarchien und alte Familienmodelle. Die Rolle der Hausfrau sollte abgeschafft werden, ihre Arbeit wurde vergesellschaftet. Dorfartige Kinderkommunen sollten helfen, den „Neuen Menschen“ zu erziehen und tradierte Muster aufzubrechen. Daneben existierten utopische Stadtentwürfe wie z.B. Georgi Krutikows fliegende Stadt der Zukunft oder Lasar Chidekels Stelzenstädte. Diese Entwürfe waren durchaus ernst gemeint, basierten sie doch auf einem Technikoptimismus, der sie mittels Kernenergie und technischem Fortschritt mittelfristig realisierbar werden lassen sollte. Die Ansprüche dieser avantgardistischen Stadtplaner gingen weit über die von ihnen als kleinbürgerlich kritisierte „Futtertrog-Ideologie“ (Kasimir Malewitsch) der Bolschewiki hinaus. Ih-

re futuristischen Entwürfe blieben jedoch Utopie.

Realisiert wurden hingegen Ansätze der Gartenstadutopie: Zersiedelung, Dezentralisierung, Durchlüftung und viel Grün waren das Ziel. Man hatte Platz für Ideen – bis Mitte der 1920er Jahre die Industrialisierung neue Sachzwänge engen Wohnens mit sich brachte. Auch hier obsiegte die Realpolitik über die Utopie. Die russische Avantgarde war, anders als z.B. das Bauhaus, nicht bereit, die realen Anforderungen mitzuplanen.

In der Realität schlugen viele positiv gemeinte utopische Ansätze in dystopischen Zwang um. Als einer der ersten wies Anfang der 1920er Jahre Jewgenij Samjatin in seinem Buch „Wir“ warnend darauf hin. Es gilt als erste Dystopie. Möbius differenziert ausführlich die unterschiedlichen Lesarten des Romans, die je nach politischem Standpunkt als Kritik am Bolschewismus oder am Taylorismus ausgelegt werden. „Wir“ ist eine Markscheide in der Utopiegeschichte. Blickte das Genre bis dahin positiv nach vorn, basierend auf technisch fernem Wunschträumen wie Zeitreisen oder Exkursionen ins All, so schien Utopie plötzlich realisierbar zu sein. Zugleich war der Mensch aber dafür noch nicht geschaffen. Und so sorgte die technische Entwicklung eben nicht für die Befreiung des Individuums in einer egalitären Masse, sondern machte den Einzelnen egal, austauschbar, zu einem beliebig ersetzbaren Rädchen in der Mega-Maschine.

Mit einem Exkurs über die utopischen Züge westlicher Reiseberichte in die junge Sowjetunion endet das Buch. Den Stalinismus in seiner Hochphase

klammert Möbius weitestgehend aus. Über dessen utopischen, dystopischen oder auch anti-utopischen Gehalt ließen sich weitere Bände füllen.

Alexander Amberger

Eine neu-alte Lenin-Biographie

Victor Sebestyén, Lenin. Ein Leben. Aus dem Englischen von Norbert Juraschitz, Karin Schuler und Henning Thies, Rowohlt Berlin, 1. Aufl. 2017, 29,95 Euro

Victor Sebestyén ist 1956 in Budapest geboren und arbeitet als Journalist und Historiker in London. Der Autor hat eine Fülle von Quellen und Literatur ausgewertet; er zitiert immer wieder die Arbeiten von Robert Conquest, Orlando Figes, Robert Service, nutzt aber auch Materialien, die erst nach dem Zusammenbruch des von Lenin gegründeten Staats öffentlich wurden. Der Aufbau des Werks folgt – in 54 kürzeren Kapiteln – im Wesentlichen den Lebensstapen Wladimir Uljanows (Lenins), denn im Zentrum soll „Lenin als Mensch“ (15) stehen. Die Struktur der russischen Gesellschaft, die lebhaften ökonomischen Debatten im Zarenreich, die Dynamik der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen, die theoretischen und praktischen Dimensionen der ökonomischen und politischen Werke Lenins bleiben eher im Hintergrund.

Die ersten Kapitel gehen auf die Familie der Uljanows in der Wolgastadt Simbirsk (Einwohnerzahl damals etwa 30.000) ein, wo Wladimir Iljitsch 1870 geboren wurde. Sein Vater Ilja Uljanow (1831-1886) war Schulin-

spektor im Gouvernement Simbirsk, eine beamtete Tätigkeit, die mit einem erblichen Adelstitel verbunden war (47). Er vertrat liberal-fortschrittliche Ansichten und hoffte, dass die Verbreitung von Bildung und Wissen im Zarenreich allmählich zu weiteren gesellschaftlichen und politischen Reformen führen würde. Er hat in seinem weiträumigen Schulbezirk fast 400 Grund- und Oberschulen eröffnet (57). Ilja Uljanows Mutter war eine des Lesens und Schreibens unkundige Kalmykin, was in den Hagiographien der Stalinzeit ebensowenig erwähnt wurde, wie die Herkunft von Lenins Großvater mütterlicherseits aus einer jüdischen Familie in Odessa. Dieser Großvater Alexander Blank konvertierte als Medizinstudent zum russisch-orthodoxen Glauben, wurde Arzt, später Staatsrat, stieg in den erblichen Adel auf und legte sich ein Landgut mit 40 Leibeigenen in der Nähe von Kasan zu, die sein Land bewirtschafteten (45).

Alle Kinder Ilja Uljanows, soweit sie das Erwachsenenalter erreichten, waren später in der revolutionären Bewegung aktiv und polizeilicher Verfolgung, Gefängnisaufenthalt und Verbannung ausgesetzt oder in die Emigration getrieben. Lenins älterer Bruder Alexander (1866-1887) wurde kurz nach seinem 21. Geburtstag in Schlüsselburg gehängt, weil er sich an einem Attentatsversuch gegen den Zaren beteiligt hatte. Die Familie Uljanow (der Vater Ilja war 54jährig an einem Schlaganfall gestorben) wurde fortan in den „besseren bürgerlichen Kreisen“ Simbirskts strikt gemieden, fand sich gesellschaftlich isoliert und verließ diese Stadt. Sebestyen sieht in

diesen Erfahrungen eine zentrale Ursache für Lenins spätere ablehnende Haltung gegenüber den liberalen Schichten, denen er materielle Eigennützigkeit und mangelnde politische Oppositionskraft vorwarf (65-66). Er selbst warf sich bald nach seinem Abitur, das er als Klassenbester absolvierte, auf das Studium der Schriften von Marx, Engels und Tschernyschewski. Als Externer legte er 1891 seine juristischen Examina an der Petersburger Universität als Jahrgangsbester ab und spielte dann als Mitglied des „Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse“ bald eine führende Rolle in der hauptstädtischen Arbeiterbewegung. Seine in der sibirischen Verbannung (1897-1900) vollendete Arbeit „Entwicklung des Kapitalismus in Russland“ machte ihn auch als Wissenschaftler bekannt. 1898 heiratete er in Sibirien die Lehrerin Nadeschda Krupskaja (1869-1939), die schon seit einiger Zeit in der Arbeiterbewegung aktiv war. Der Biograph beschreibt in sensibler Sprache in verschiedenen Kapiteln die große Rolle der Frauen in Lenins unmittelbarer Umgebung – seiner Mutter, seiner Schwestern, seiner Ehefrau, nach 1909 seiner Freundin Inessa Armand (1874-1920), „mit der ihn eine komplexe romantische Beziehung verband, aber auch ein enges Arbeitsverhältnis“ (41) – für seine persönliche Entwicklung.

Den dicht gedrängten politischen Ereignissen Russlands seit der Jahrhundertwende werden einzelne Kapitel gewidmet: dem Aufbau und der Spaltung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands; der Revolution von 1905; den anschließenden Jahren der Reaktion und weitgehen-

den politischen Isolation; dem Weltkrieg; der Rückkehr nach Russland im April 1917; dem Revolutionsjahr, in dem sich Lenin, weil polizeilich gesucht, von Juli bis Oktober versteckt hielt; dem Oktoberumsturz; dem dramatischen Jahr 1918 mit dem Brester Frieden, dem Aufstand der Linken Sozialrevolutionäre, dem Attentat auf Lenin von Fanny Kaplan am 30. August; den bitteren Jahren des Bürgerkriegs und der ausländischen Intervention; der 1921 eingeleiteten Neuen Ökonomischen Politik, durch die sich die Bolschewiki eine Rekonsolidierung der Sowjetmacht erhofften. Deren Anfänge konnte Lenin noch erleben, bevor ihn wiederholte Schlaganfälle niederwarfen, aus dem politischen Leben ausschalteten und nach langem Siechtum einem frühen Tod entgegenführten (er erreichte nicht das Lebensalter seines Vaters). Manche dieser Abschnitte werden recht kursorisch behandelt.

Lenin selbst, nachdem er den Weg der Politik beschritten hatte, erscheint bei Sebestyén oft als ein richtiger Unsympath, und der Biograph spart nicht mit entsprechenden apodiktischen Urteilen, die sich in einer ähnlichen Tonhöhe bewegen, wie viele westliche Leninbiographien während des Kalten Kriegs. Lenin fand „im Bereich der Politik nichts dabei, zu lügen, zu stehlen, zu betrügen und zu töten: Alles was im Interesse der proletarischen Sache getan werde, sei ehrenhaft“ (224-225). Er war ein „fordernder, schwieriger, dominierender und skrupelloser Charakter [...]. Sein Jähzorn konnte gewaltig und völlig unverhältnismäßig sein“ (502-503). „Er bot einfache Lösungen für kom-

plexe Probleme, log schamlos und rechtfertigte sich damit, dass allein der Sieg zähle. Der Zweck heilige die Mittel“ (14). Er war „zutiefst konservativ, pingelig und ein äußerst schwieriger Chef“ (501). Gegen Ende des Lebens wurde er „reizbarer, unduldsamer und cholischer“ (554). „Sein Leben lang litt er in Stresssituationen unter heftigen Kopfschmerzen, Magenkrämpfen und Schlafstörungen, die zu nervösen Erschöpfungszuständen führten“ (193-194).

Andererseits lebte er auch als Vorsitzender des Rats der Volkskommissare einfach und bescheiden: „Er hasste die feucht-fröhlichen siebengängigen Abendessen mit den endlosen Wodka-Trinksprüchen und den Macho-Geschichten, die allmählich zur Norm unter den kommunistischen Größen wurden. Er ging nie hin“ (496). Wir erfahren auch, dass in dem Gästehaus (einem ehemaligen Herrenhaus) in Gorki in der Nähe von Moskau, wo Lenin in seinen letzten beiden Jahren vor allem lebte, der Koch Spiridon Putin arbeitete – der Großvater des jetzigen russischen Präsidenten (496).

In der Frage seiner Nachfolge habe Lenin historisch versagt: „Das schlimmste seiner Übel war, dass er einen Mann wie Stalin in die Lage versetzte, sein Nachfolger zu werden – ein historisches Verbrechen“ (14).

Die Oktoberrevolution war ein „Staatsstreich“ (13) und hätte ohne die „Millionen an Goldmark“ (380) der Deutschen kaum Erfolg gehabt. Triftige Belege werden aber nicht angeführt (375-380). Lenin habe die Auffassung vertreten, dass „politischer Terror zulässig sei, wenn er höheren Zielen diene“ (14).

Nur selten geht der Autor auf das Problem der Gewalt in der russischen Geschichte und ihre sozialökonomischen Wurzeln ein. Die zaristische Autokratie wird von ihm – anders als von zahlreichen heutigen Historikern – nicht schöngeschrieben, sondern als „gewalttätig, tyrannisch und korrupt“ charakterisiert (15), als „Polizeistaat“ (67-77). Er verweist auf den hohen Repressionsgrad, auf die Brutalität der Polizei – und Kosakeneinsätze gegen Demonstrationen der Arbeiter, auf das Schicksal der nach Sibirien Verbannten (148), auf den Antisemitismus, der auch in der höchsten Staatsspitze und in der Zarenfamilie zu Hause war (215-216). Bei der Niederwerfung der Revolution von 1905 kamen „Tausende durch ‚Stolypins Halstuch‘, den Galgenstrick, ums Leben, nachdem sie durch Standgerichte unter freiem Himmel ohne nennenswerten juristischen Prozess umstandslos zum Tod verurteilt worden waren. Mitte 1906 galt in 82 der 87 russischen Provinzen das Kriebsrecht“ (214).

Eindrucksvoll werden die Konflikte zwischen Sowjetmacht und Bauern 1918-1921 beschrieben, der verzweifelte Kampf um Brot zwischen den hungernden Städten und den ums Überleben kämpfenden Dörfern (464-474). Dass am Beginn dieser Getreidekriege die deutsche Eroberung und Exploitation der Ukraine 1918 stand, wird allerdings nur am Rande erwähnt.

Dass die Gegner der Bolschewiki in den Jahren von Bürgerkrieg und Intervention (1918-1920) nicht die Bannerträger von Freiheit und Demokratie waren, als die sie sich oft hinstellten, beschreibt der Autor anlässlich der militärischen Unterstüt-

zung der russischen Gegenrevolution durch Großbritannien. Zitiert wird der britische Kriegsminister Winston Churchill: „Die Bolschewiken sind die Feinde der menschlichen Rasse und müssen um jeden Preis niedergeworfen werden“ (524). Es folgt eine Darstellung der Hilfslieferungen: „Churchill hatte die Zahl britischer Soldaten in Murmansk und Archangelsk auf dreitausend erhöht, obwohl das Kabinett beschloss, dass sie nicht an Kampfoperationen teilnehmen sollten. Vor allem aber steigerte er die Waffenlieferungen für die Weißen. Auf seine Veranlassung hin wurden unter strengster Geheimhaltung Giftgasgranaten für die weißen Truppen nach Russland geliefert, rund fünfzigtausend Stück. Insgesamt 2717 davon wurden gegen die bolschewistischen Truppen eingesetzt, wobei auch der Tod von Zivilisten in Kauf genommen wurde. Einige hochrangige Offiziere fürchteten, der Einsatz von britischen Chemiewaffen könnte publik werden, doch Churchill blieb überzeugt davon, dass Gas eine sinnvolle Waffe war. Seiner Meinung nach war dies das effektivste Mittel, um die Bolschewiki zu vernichten, bevor es zu spät war. Als andere Kabinettsmitglieder Einwände erhoben, warf er ihnen ‚Zimmerlichkeit‘ vor. Das ganze Jahr 1918 über kam es zu unzähligen chemischen Angriffen auf die Bolschewiki, doch sie waren weniger wirksam, als Churchill und seine Generäle es sich erhofft hatten“ (524-525).

Fazit: Victor Sebestyén hat eine mit journalistischer Feder geschriebene Biographie vorgelegt, teilweise auch wichtige, entlegene Materialien auf-

gespürt; seine Interpretationen bewegen sich weithin in traditionellen Bahnen.

Gert Meyer

Kleines Land in großem Aufruhr

Mario Hesselbarth, „Gegen das His-sen der roten Fahne auf dem Rat-haus erheben wir keinen Einspruch“ *Novemberrevolution 1918 in Thüringen. Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V., Jena 2018, 146 S. (kostenloser Download unter RLS-Thüringen)*

Befassen sich Historiker mit regional- oder lokalgeschichtlichen Ereignissen, stehen sie in der Regel vor einigen Schwierigkeiten: Jede Darstellung kommt ohne den Bezug zum Geschehen auf nationaler, mitunter auch auf internationaler Ebene nicht aus. Zumeist kann, nein: darf es aber sich nicht um ein schlichtes Spiegelbild handeln, in dem Spezifisches fehlt und Unterschiedliches zum Allgemeinen kaum erkennbar bleibt. Dem Autor des vorliegenden quellen-gesättigten Bandes – er trat bereits mit einigen Publikationen in Erscheinung¹ – gelingt der Spagat. So sparsam seine Hinweise auf das Ge-

schehen in Deutschland geraten, sie treffen sich stets mit dem in den damaligen thüringischen Kleinstaaten. Was hier in den drei Monaten unmittelbar nach dem 9. November 1918 passierte, wird sorgfältig beschrieben und erzählt, mitunter in einem erfreulich lebendig-dokumentarischen Stil. Durchgehend bemüht sich H. aus demokratisch-sozialistischer Perspektive um eine ausgewogene Sicht auf die doppelte Bilanz der Revolution von 1918/19. Ihm geht es einerseits um die Niederlage der Revolutionäre mit ihren dramatischen Folgen für die deutsche und europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts, andererseits um den gesellschaftlichen Fortschritt, der gegenüber dem 1871 begründeten preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat erreicht werden konnte. Seine Wanderung auf dem schmalen Grat zwischen Fehlendem und Geleistetem ist gelungen.²

Wenige Seiten genügen dem Vf., um einleitend die zentralen gesellschaftlichen Problemfelder in den letzten Jahren des Ersten Weltkrieges zu benennen sowie deren bisherige Behandlung in Historiografie und Politik zu kennzeichnen. Alles rankt sich

¹ Siehe Mario Hesselbarth, Historische Fascismusanalysen und ihr Stellenwert für die heutige Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. In Mathias Günther (Hrsg.), *Heute Sachsen, morgen Deutschland? Rechtsextremismus heute. Eine Bestandsaufnahme*, Jena 2005; Mario Hesselbarth, Eberhart Schulz und Manfred Weißbecker (Hrsg.), *Gelebte Ideen. Sozialisten in Thüringen*, Jena 2006; ders., *Zur Geschichte der USPD in Thüringen*, Jena 2017.

² Wie wertvoll lokalgeschichtliche Studien sein können, wenn sie auch von einem genauen Blick auf das Gesamtgeschehen in Deutschland getragen sind, belegen u.a. die Publikationen von Gerrit Brüning („Novemberrevolution und Räterepublik in Bremen“) und Kurt Baumann („Erziehung der Arbeiterjugend zum Klassenbewusstsein“. Die Hamburger Arbeiterjugendbewegung in Weltkrieg und Novemberrevolution“) In: Marx-Engels-Stiftung und Gerrit Brüning/Kurt Baumann (Hrsg.), *Novemberrevolution 1918/19. Ereignis – Deutung – Bedeutung*, Neue Impulse Verlag Essen 2018.

für ihn um die Auseinandersetzungen zwischen den Verfechtern eines reinen Macht- bzw. Siegfriedens, verkörpert vor allem in der 1917 gegründeten Deutschen Vaterlandspartei, und denen, die angesichts des Kriegsverlaufes nach einem Verständigungsfrieden strebten. Im Ringen um die Beendigung des Weltkrieges schwang die Frage nach der weiteren politisch-gesellschaftlichen Entwicklung Deutschlands stets mit. Im November 1918 sei es vorrangig um Frieden und Demokratie gegangen, um „die republikanische Staatsform, um individuelle und kollektive staatsbürgerliche Freiheiten und Rechte, um Emanzipation, um die Lösung der sozialen Frage einschließlich der Eigentumsfrage.“ (7)

Im Mittelpunkt des Bandes stehen die revolutionären Akteure, die vielfach in spontanen Massenaktionen sich die scheinbar festgefügte Ordnung, aber auch gegen die Burgfriedenspolitik von SPD und Gewerkschaften richteten. H. spricht von einer Aufstandsbewegung für den Frieden, die in großen Streikämpfen bereits zu Beginn des Jahres 1917 das Reich erschütterten und sich als eine Art „Generalprobe“ für die Novemberrevolution erwiesen. Gestreikt wurde in Thüringen allerdings nur in Erfurt, Gotha und Jena, wo es große Rüstungsbetriebe gab. Mit zahlreichen Beispielen aus einzelnen thüringischen Orten wird gezeigt, wie dann im Herbst 1918 eine revolutionäre Situation entstand. Der Vf. beschreibt die Rückwirkungen der unzulänglichen Reformpolitik der Regierung des Prinzen Max von Baden auf die thüringische Kleinstaatwelt (S. 46-63), wobei es um

dringliche Forderungen nach demokratischen Rechten bei Wahlen zu den Landtagen ging und zugleich gefragt wurde, ob man sich künftig wirklich noch neun (!) einzelne Staatsregierungen leisten wolle. In diesen Auseinandersetzungen verstärkte sich auch hier der Gedanke, dass jede Fortsetzung des Krieges sinn- und hoffnungslos ist, dass es in jeder Hinsicht eine Alternative zum Bestehenden geben muss. H. zitiert dazu einen Artikel des SPD-Reichstagsabgeordneten Arthur Hofmann im *Saalfelder Volksblatt* vom 16. Oktober 1918: „Wir stehen vor einem Wendepunkt der Geschichte und wenn wir zurückschauen und danach vorwärts, so wissen wir, dass Wilhelm der Zweite der letzte ‚Soldatenkaiser‘, der letzte Repräsentant des Obrigkeitsstaates gewesen ist und dass Leute von seinem Schlag nicht mehr hineinpassen in die Zeit des beginnenden Volksstaates.“ (43)

Das Hauptaugenmerk richtet H. vor allem auf das Handeln und Wirken der Arbeiter- und Soldatenräte. Diese agierten, nachdem sich die lokalen aufständischen Soldaten sehr schnell mit der organisierten Arbeiterbewegung vor Ort zu gemeinsamen Aktionen verbündet hatten, als Machtorgane von Friedensbewegung und Revolution, Sie sahen sich politisch repräsentiert durch die USPD, die der Friedensbewegung zugleich eine radikale Stoßrichtung gegeben habe. Frieden, Freiheit und Sozialismus – um diese Ziele wurde gerungen: „Wer ernsthaft den Frieden will, muss denen, die bisher die Militärdiktatur ausgeübt haben, für immer die Möglichkeit nehmen, jemals

wieder ihre diktatorischen Gelüste ausleben zu können“ (Zitat aus der *Reußischen Volkszeitung* vom 31. Oktober 1918). Der Arbeiter- und Soldatenrat Nordhausens formulierte am 11. November 1918: „Der Sozialismus ist der Friede! Der Sozialismus ist Freiheit und Gerechtigkeit! Der Sozialismus ist die Sicherung des Brotes für alle!“ (60 f.)

Deutlich unterscheidet H. das Bemühen der Räte, Gewalt zu vermeiden sowie Ruhe und Ordnung zu bewahren, von jenem folgenreichen Konzept der SPD-Führung, lediglich ein Konkursverwalten des alten Regimes betreiben zu wollen. Er befasst sich auch mit der Frage, inwieweit Vertreter des Bürgertums in den Räten mitarbeiten wollten bzw. durften. Dabei wird die Auffassung korrigiert, diese seien verzweifelt, mutlos und in Gleichgültigkeit verfallen gewesen. Zugleich benennt er als Forschungsaufgabe, Rolle und Wirken der Bürgerausschüsse und Bürgerräte näher zu untersuchen.

Anhand aller Beispiele aus Thüringen belegt der Vf. die Tatsache, dass die Novemberrevolution eine ausgesprochen friedliche gewesen ist. Nirgendwo floss hier Blut. Es wurde weder geraubt noch geplündert. Es gelte, das „Ehrenschild“ rein zu halten und sich nicht zu unbesonnenen Handlungen hinreißen zu lassen, erklärte ein Erfurter USPD-Funktionär, der dem jedoch deutlich hinzufügte: „Umso entschiedener müsse aber der entschlossene Wille zum Ausdruck kommen, dass die Arbeiterschaft eine Hemmung der freiheitlichen Entwicklung nicht dulden werde.“ (72) Daher bemühen sich die Räte auch um eine allgemeine Entwaffnung, in

einigen Fällen auch um die Bildung eigener Volkswehren oder Wach- und Sicherheitsorganisationen. Am 8. Dezember hieß es für die *Erfurter Volkswehr*: „Für unsere reaktionären Finsterlinge möge die Wehr dauernd eine Warnung sein. Jeder Versuch, durch verbrecherische Putsche die Errungenschaften der Revolution zu zerstören, wird sie auf ihrem Posten finden.“ (118) Wegen ihres demokratischen Charakters und ihres weitgehenden Verzichts auf militärische Machtdemonstrationen unterschieden sich diese bewaffneten Organisationen „grundlegend von den Freikorps der Ebert/Noske“. (120)

H. meistert auch die Schwierigkeiten, die Vorgänge in den einzelnen Fürstentümern parallel darzustellen sowie Unterschiede und Übereinstimmungen zu kennzeichnen. Das gilt insbesondere für jene Abschnitte, in denen er die unterschiedlichen Formen des Übergangs von der Fürstentumsherrschaft zu neuen demokratischen Verhältnissen skizziert. Er spricht da von „provisorischer Räteherrschaft“ in Sachsen-Weimar-Eisenach, Reuß jüngere und ältere Linie und Sachsen-Gotha, ferner von „Transformation“ in Sachsen-Altenburg sowie von „gesetzlichem Übergang“ in Sachsen-Meiningen, Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt. Anfangs fügten sich zumeist die Vertreter der alten Macht; aus dem Magistrat von Mühlhausen stammt der bezeichnende und für den Titel des Bandes gewählte Satz: „Gegen das Hissen der Roten Fahne auf dem Rathaus erheben wir keinen Einspruch.“ Die Organisation der Arbeiter- und Soldatenräte sei in den thüringischen

Kleinstaat gewissermaßen von oben her erfolgt, im preußischen Regierungsbezirk, vor allem in Erfurt, eher von unten.

Die Bildung einer Republik Großthüringen war während der Novemberrevolution eine der zentralen Forderungen sowohl der SPD als auch der USP in allen Kleinstaat. Über den konkreten Weg dahin wurde intensiv debattiert, u.a. auch auf der von H. ausführlich behandelten Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte vom 10. Dezember 1918, die den Anstoß zur Bildung des Landes Thüringen am 1. Mai 1920 gab.

Alles in allem: Ein aufschlussreicher Band, dessen Erscheinen die Rosa-Luxemburg-Stiftung ermöglichte, und dem zu wünschen ist, im Gewirr der allgemeinen Jubiläumskampagnen nicht unterzugehen.

Manfred Weißbecker

Inventur

Marx-Engels-Stiftung/Gerrit Brüning/Kurt Baumann (Hrsg.), Novemberrevolution 1918/1919. Ereignis. Deutung. Bedeutung. Essen, Neue Impulse Verlag 2018, 295 Seiten, 19,80 Euro.

In einer Rede anlässlich des 100. Jahrestags der deutschen Novemberrevolution hat Bundespräsident Steinmeier deren Beitrag zum dem gewürdigt, was als eine Demokratiewerdung zu bezeichnen man sich inzwischen angewöhnt hat. Der Historiker Heinrich August Winkler nannte und billigte in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung für Deutschland“ vom 5. November 1918 ein Mittel zum Zweck: „Dass die Volksbeauftragten den Putsch“ – gemeint ist der Januaraufstand von

1919 – „unterbinden mussten, verstand sich freilich nicht nur für sie von selbst. Wäre der Januaraufstand nicht niedergeschlagen worden, hätte die Wahl zur Nationalversammlung nicht stattfinden können.“ Die äußerste Linke – neben der KPD die Revolutionären Obleute und der kampfbereite Teil der USPD-Basis – muss also draußen bleiben, wenn eine Ahnengalerie der deutschen Demokratie hergerichtet werden soll.

Die Marx-Engels-Stiftung sowie die Studierenden Kurt Baumann und Gerrit Brüning haben es unternommen, diese Verengung zu revidieren und Beiträge zu einer marxistischen Sicht auf die Novemberrevolution zusammenzustellen.

Gerhard Engel bezieht die radikale Linke in die deutsche Demokratiegeschichte ein und stützt sich dabei auch auf eigene regionalhistorische Forschungen, darunter zu Bremen und Berlin und Umgebung („Der Platz der Revolution 1918/19 in der deutschen Geschichte und im Geschichtsbild der Deutschen“, 7-42).

Hans Hautmanns Aufsatz „Die österreichische Revolution“ (43-64) macht Unterschiede zu Deutschland sichtbar. In der k.u.k. Monarchie mussten die Kriegskredite nicht vom Parlament bewilligt werden, das erledigte die Exekutive allein. Insofern kam dort die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ Österreichs um diese Entscheidung herum, ersetzte sie aber durch deren nachdrückliche Unterstützung u.a. in ihrer Presse. Als Friedrich Adler, Sohn des Parteigründers Victor Adler, 1916 den Ministerpräsidenten Stürgk aus Protest gegen den Krieg erschoss, wurde er in Ös-

terreich in ähnlicher Weise zu einer Symbolfigur wie in Deutschland Karl Liebknecht, der Sohn Wilhelm Liebknechts. Im Jahr darauf sagte sich die österreichische Partei von der Kriegspolitik los. Damit war die Einheit der Organisation gewahrt, während die Mehrheit der SPD an ihrem Kurs festhielt und damit die Spaltung in MSPD und USPD verursachte. Friedrich Adler blieb in der Partei, die 1918 in eine Große Koalition mit der Christlich-Sozialen Partei ging (bis 1920) und dort – auch in Reaktion auf die Räterepubliken in Ungarn und München – tiefgreifende Sozialreformen durchsetzte. Damit wurden die deutschen Katastrophen von 1918/19 vermieden. Laut Hans Hautmann kann die österreichische Umwälzung „als bürgerlich-demokratische Revolution definiert werden, die in bedeutendem Maße mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt wurde und deshalb eine mit erheblichen sozialen und politischen Errungenschaften der Massen ausgestattete parlamentarische Demokratie schuf.“ (48)

Heinz Karl („Die Gründung der KPD und ihre Wirkung“, 65-85) gibt die Positionen des einschlägigen Bandes der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ von 1966 wieder.

Gerrit Brüning („Novemberrevolution und Räterepublik in Bremen“, 87-116) verfolgt einen dezidiert regional- und sozialgeschichtlichen Ansatz und kann sich dabei auf eine breite Literatur zu diesem Thema – u.a. von Peter Kuckuck – stützen. Auf Seite 94 findet sich eine Verschreibung: „Leopard“ statt „Leipart“.

Unter den 127 Teilnehmer(inne)n des

Gründungsparteitags der KPD an der Jahreswende 1918/1919 war auch ein Vertreter der oppositionellen sozialistischen Jugend. In einem Aufsatz „Erziehung der Arbeiterjugend zum Klassenbewusstsein“. Die Hamburger Arbeiterjugend in Weltkrieg und Novemberrevolution“ (117-146) behandelt Kurt Baumann diese bedeutende Kraft mit dem Schwerpunkt auf Hamburg, u.a. auch unter Nutzung von Arbeiten Volker Ullrichs. Er zieht eine Linie in die folgenden Jahrzehnte: Die einzelnen Phasen der Jugendarbeit fielen seiner Meinung nach zusammen „mit wesentlichen Weiterentwicklungen der Partearbeit: die KPD als Massenpartei ab 1920 und die Bildung des KJVD, die Erkenntnisse des VII. Weltkongresses und der Brüsseler Konferenz der KPD und die Massenlinie in der Jugendarbeit, der Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Grundordnung und die Gründung der FDJ, die Gründung der SDAJ und die Wiedererkämpfung der Legalität durch die Neukonstituierung der DKP“. (146) Das ist nun allerdings Traditionsstiftung wie bei Steinmeier und Winkler, wenngleich mit umgekehrtem Vorzeichen.

Durch aktuelle Veröffentlichungen (u.a. von Mark Jones und Dietmar Lange – sh. Z 113, 193ff. –, sowie Axel Weipert: Die zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1918/19, Berlin 2015 – sh. Z 104, S. 209ff.) ist die Rolle der konterrevolutionären Gewalt 1918/19 herausgearbeitet worden. Dass diese weder aus dem Nichts kam noch in erster Linie vom „Fronterlebnis“ herrührte, sondern einem strategischen Muster folgte, das immer wieder einmal bei Gründungsverbrechen bürgerlicher Republiken

hervortritt, zeigt Reiner Zilkenat in seinem Aufsatz „Konterrevolution und ‚Antibolschewismus‘. Eduard Stadtler und das konterrevolutionäre Netzwerk 1918/1919“ (147-181). Zu seinen Vorzügen gehören die Anwendung der Monopolgruppentheorie, gründliche Auswertung nicht nur der Schriften Stadtlers und der Sekundärliteratur, sondern auch von Archivalien. Damit zeigt er, wozu historisch-materialistische Geschichtsforschung imstande ist, wenn sie mehr ist als letztlich nur geisteswissenschaftliche Organisations- und Ereignishistoriographie.

Raimund Ernst („Die deutsche Revolution von 1918/19. Revolutionäres Erbe und Strategieentwicklung in der Politik der KPD“; 183-211) wählt folgenden Zugang: „Als Quellen für die Betrachtung werden – geschuldet dem zur Verfügung stehenden Platz – nur Zeugnisse führender Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung (zugleich auch der Kommunistischen Internationale) sowie programmatische Erklärungen der KPD und KI selbst berücksichtigt.“ (187) Die Niederlage des revolutionären Flügels der Arbeiterbewegung 1918/19 habe ein „Trauma“ (189) verursacht, das auch selbst angesichts des aufziehenden Faschismus nur allmählich, beginnend mit Ernst Thälmann, zugunsten einer tragfähigen Aktionseinheits- und Bündnisstrategie überwunden werden konnte. Die Sozialfaschismus-Episode wird mit der Bemerkung zart berührt, dass die Losung „Nieder mit Faschismus und Sozialdemokratie!“ in der „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ von 1930 nicht nur „einfach

politisch falsch“ gewesen sei, sondern „auch den Blick für die objektive Bewertung dieses Dokuments“ verstellt habe (194/195).

Material- und gedankenreich sowie zu weiteren Überlegungen anregend ist der Aufsatz „Die Novemberrevolution im Spiegel der marxistischen Historiografie der DDR“ von Ralf Riedl. (213-258) Erste Beiträge zu dieser Geschichtsschreibung, gleichsam im Vorlauf, sieht er bereits in den aktuellen Urteilen von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg 1918/19. (215-218) Die Feststellung, dass u.a. Hermann Weber dem dritten Band der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ von 1966 „schon früh einen großen Wert“ zugesprochen habe (244), sollte dahingehend ergänzt werden, dass Weber dieses Werk insofern tatsächlich ernst nahm, als er sein gesamtes, in der Feststellung von Tatsachen imponantes Lebenswerk der Bekämpfung der DDR-Geschichtsschreibung gewidmet hat. „Ulbricht fälscht Geschichte“: so überschrieb er 1964 einen als Broschüre erschienenen „Kommentar mit Dokumenten zum ‚Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung““. Riedl stimmt insofern implizit und zutreffend mit ihm darin überein, dass die DDR-Geschichtsschreibung zur Arbeiterbewegung engen politischen Vorgaben folgen musste. Als Einschnitt sieht er einen von Walter Ulbricht letztlich entschiedenen Disput von 1958, in dessen Ergebnis festgestellt wurde, die Novemberrevolution sei als sozialistische gescheitert, weil eine zielklare bolschewistische Massenpartei gefehlt habe. „Es ist wohl Ironie der Geschichte, dass gerade eine auf dem Marxismus-

Leninismus fußende Geschichtswissenschaft zu einer solchen Erstarrung und Verengung geführt hat.“ (258) Nun ist die These vom im Ergebnis bürgerlichen Charakter der Novemberrevolution ja nicht falsch, wohl aber ihre Begründung: Nicht das Fehlen einer starken kommunistischen Partei war ausschlaggebend, sondern die Tatsache, dass die kapitalistischen Produktionsverhältnisse noch nicht so eng geworden waren, dass sie unausweichlich hätten gesprengt werden müssen. Völlig richtig bemerkt Ralf Riedl: „Die Mängel der DDR-Geschichtswissenschaft dürfen außerdem nicht den enormen Wert der wissenschaftlichen Arbeiten schmälern. So gelang es den Historiker/innen der DDR, trotz der Einengung der Wissenschaft, eine – in ihrem Umfang beispiellose – Vielzahl von beeindruckenden Werken vorzulegen“, darunter (hier zitiert er eine Aufzählung von Wolfgang Ruge aus dem Jahr 2007) über lokale Auseinandersetzungen, die Räte, den Rat der Volksbeauftragten, konterrevolutionäre Militärs und Freikorps, Unternehmerstrategien, USPD, die revolutionären Obleute, den Spartakusbund, Luxemburg und Liebknecht. (257) „Insbesondere im Schatten der in den 70er Jahren erfolgten Neuausrichtung der Geschichtswissenschaft und dem neu eingeführten Terminus von der ‚anti-imperialistischen Volksrevolution‘ konnten einige bedeutende Akzente gesetzt werden, die Ende der 1980er Jahre zu einer fast völligen Infragestellung des bis dahin bestehenden geschichtspolitischen Deutungsrahmens führte[n].“ (257) Der Verfasser sieht in den Achtzigern das „letzte Aufbäumen der Geschichtswissen-

schaft am Ende der DDR“ (252-255). Riedl verweist darauf, dass Heinrich August Winkler im Juni 1989 an der Karl-Marx-Universität Leipzig einen Vortrag über die Revolution 1918/19 hielt, der wenig später auch in einer DDR-Geschichtszeitschrift veröffentlicht worden sei. Ab 1991 Professor an der Humboldt-Universität, revanchierte er sich – Wandel durch Annäherung – bei deren Säuberung mit Fußtritten.

Vorgaben hin oder her: Sie verhindern nicht, dass in ihren Grenzen solide Detailarbeit geleistet wurde. Der Aufsatz „Die Novemberrevolution im Urteil bürgerlicher und sozialdemokratischer Politik- und Gesellschaftswissenschaftler“ von Ludwig Elm (259-286) ist ein spätes Zeugnis dieser guten Schule von einst.

Einleitend erinnert er daran, dass der Co-Sprecher der Partei „Bündnis ‚90/Die Grünen“, Robert Habeck, 2008 zusammen mit seiner Frau Andrea Paluch ein Theaterstück „Neunzehnhundertachtzehn“ verfasste, dessen Held Gustav Noske war, und dass er dieses Urteil Anfang 2018 in einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Quarterly“ (FAQ) wiederholte. Dass derlei keine persönliche Marotte ist, sondern einer politischen Logik folgt, zeigt Elm anschließend in seiner Analyse der bürgerlichen und sozialdemokratischen Geschichtsschreibung und Politik während der Weimarer Jahre: Wenn es gegen die Kommunist(inn)en geht, schlägt sich im Revolutionsfall selbst der allerfeinsinnigste Linkliberalismus auf die Seite der Reaktion.

Ludwig Elm schöpft in seiner Studie aus dem Fundus, der in der u.a. von

Dieter Fricke gegründeten Jenenser Richtung der Parteien- und Verbandsgeschichtsschreibung angesammelt wurde. Hier geht es um bürgerliche Organisationen und die Sozialdemokratie bis 1917. Diese Themenwahl ergab sich aus einer Arbeitsteilung, die durchaus mit staatlicher Wissenschaftsplanung einhergehen konnte und von ihr gewünscht war. Es musste nicht unbedingt die KPD sein.

Georg Fülberth

Von Revolutionshoffnungen und wichtigen Erkenntnissen

Stefan Bollinger, November '18. Als die Revolution nach Deutschland kam. Edition Ost, Berlin 2018, 252 Seiten, 14,90 Euro.

„Wir stehen heute vor den Trümmern kommunistischer, sozialdemokratischer und auch anarchistischer Politik. Wir haben die Pflicht, es wieder zu versuchen. Das wird nicht die Reanimierung der Theorien des 19. und 20. Jahrhunderts bedeuten, aber ihre kenntnisreiche Aneignung.“ Für die gegenwärtigen und zukünftigen politischen und sozialen Kämpfe in einer sich grundlegend verändernden Welt mit all ihren Gefahren, aber auch Chancen, können die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts „Mut machen und inspirieren.“ (205)

Mit diesem Resümee am Ende seines Buches über den November 1918 macht Stefan Bollinger noch einmal sein Anliegen kenntlich. Es geht ihm um eine kritische Befragung der Geschichte des Denkens und Agierens der politischen Linken damals und den hieraus folgenden Konsequenzen im 20. Jahrhundert. Wer keine ferti-

gen Antworten sondern kritische Fragestellungen als Anregung für das eigene Nachdenken erwartet, dem kann Bollingers Problemaufriss über die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, ihrer Vorgeschichte, den wichtigsten Ereignissen und historischen Nachwirkungen bis in unsere Gegenwart guten Gewissens empfohlen werden.

Es ist nicht der Anspruch dieses Buches, den vollständigen Verlauf der Revolution 1918/19 in Deutschland mit all ihren politischen, sozialen, ökonomischen und psychologischen Aspekten nachzuzeichnen. Dennoch gibt es für jene, die sich ihre Geschichte neu oder erneut erschließen wollen in Verbindung mit den „Eckdaten zur Orientierung“ (225 – 238) einen guten Überblick für den Einstieg in das Thema. Zwar verzichtet Bollinger bei der Darstellung einzelner Ereignisse, so z.B. der Bildung des Rates der Volksbeauftragten (121) auf eine allzu detaillierte Beschreibung, dennoch werden die Leser in den fünf Kapiteln mit den maßgebenden Akteuren und entscheidenden Schlüsselereignissen der Revolution sowie ihrer Rezeptionsgeschichte bekannt gemacht. Er beleuchtet die entscheidenden Tage und Wochen vom Oktober bis Dezember 1918 sowohl aus der Perspektive der entschiedenen Vorkämpfer der Revolution wie der „Revolutionäre wider Willen“ (Heinrich August Winkler), aber auch der Akteure der Konterrevolution. Dabei legt er die den jeweiligen Handlungen zugrunde liegenden Motive offen und arbeitet die widersprüchliche Situation und tatsächlichen Kräfteverhältnisse in der Revolution heraus. Klar benennt er die Alternativen der Revolu-

tion. Entweder die Linie des MSPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert, „einen geordneten Machtübergang von der alten zur neuen Regierung, ohne an den Grundfesten der sozialen Ordnung zu rütteln“ oder die der USPD, Spartakus, den Revolutionären Obleuten und auch der Anarchisten, „eine neue basisdemokratische Macht zu etablieren und mit der Sozialisierung ernst zu machen, die Betriebe und Bergwerke in die Hand der Arbeiter zu überantworten“ (120). Mit dieser Gegenüberstellung wird ein weiteres Anliegen des Autors offenkundig. Er will eine kritische und alternative Sicht, eine bewusste Gegenerzählung zu der „bei Teilen der (heutigen) deutschen Eliten aber auch manchen Linken“ herrschenden „optimistischen Lesart der Revolution und der Weimarer Republik als Vorläufer einer demokratischen Bundesrepublik“ und der damit verbundenen Verdrängung kritischer Revolutionsinterpretationen. (41)

Eine solche unternimmt Bollinger. Er analysiert die Novemberrevolution 1918 in Deutschland aus einer konsequent radikalen, im marxischen Sinne an die Wurzeln des kapitalistischen Übels gehenden Perspektive und versteckt seine Sympathien für Spartakus/KPD, die revolutionären Obleute bis hin zum bayrischen Revolutionsführer, dem Begründer des heutigen Freistaates Kurt Eisner, nicht. Zugleich gelingt es ihm, deren Positionen und Handlungen einer kritischen Analyse zu unterziehen. Schonungslos legt er die politischen, theoretischen und organisatorischen Schwächen der Revolutionäre offen, ohne dabei einzelnen Akteuren Schuld zuzusprechen. Vielmehr arbeitet er am

historischen Beispiel November 1918 die Widersprüche heraus, in der sich radikal-linke Politik im Grunde zu allen Zeiten bewegt und gegenüber-sieht. Es sind nicht die großen Parteien und Bewegungen, sondern die kleinen radikalen Minderheiten, die zunächst die politischen und sozialen Kämpfe aufnehmen und dabei immer Gefahr laufen, in ihrer Radikalität über die Massen und deren Bedürfnisse hinweg zu gehen. Zutreffend wird konstatiert, dass der November 1918 zunächst „eine Revolution gegen den Krieg“ (150) war, mit deren unmittelbaren Ergebnissen wie der Abdankung des Kaisers und der Aussicht auf demokratische Wahlen sich die große Mehrheit der Arbeiterschaft im November/Dezember 1918 erst einmal zufriedengab. Dass die MSPD-Führung diese Situation für die Durchsetzung ihres Konzeptes auszunutzen verstand, verbucht Bollinger nicht als Verrat, sondern analysiert ebenso kritisch und konsequent die Probleme, die sich für linke Reformpolitik ohne den Kapitalismus überwindende Perspektive ergeben. In der gebotenen Verknappung arbeitet Bollinger jenen Prozess heraus, in dem die Sozialdemokratie im Kaiserreich durch staatlichen Druck und zumindest teilweise selbst gewollter Anpassung sich von einer ausgegrenzten hin zu einer staatstragenden Partei entwickelte. Sowohl die Burgfriedenspolitik im Ersten Weltkrieges als auch ihr Agieren während der Novemberrevolution richtete sich gegen die politischen und sozialen Anliegen ihrer eigenen Anhängerschaft mit weitreichenden Konsequenzen für die gesamte politische Linke und das Schicksal der Weimarer Republik.

Gerade weil dieses Buch konsequent Position bezieht, fordert es zu eigenem kritischem Nachdenken und auch Widerspruch heraus. Bollinger kritisiert den Beschluss des Gründungsparteitages der KPD, die Wahl der Nationalversammlung zu boykottieren, als verhängnisvollen Fehler (175). Eine positive Entscheidung hätte seines Erachtens jedoch am Wahlausgang ebenso wenig geändert wie die Konterrevolution nicht aufzuhalten war. So wenig ergiebig kontrafaktische Geschichtsbetrachtungen für die Erklärung historischer Prozesse sind, so aufschlussreich kann jedoch der Blick auf die realen Alternativen in einem gegebenen geschichtlichen Augenblick für politisch-geschichtliches Lernen sein. Selbst wenn eine Beteiligung der soeben gegründeten KPD an der Wahl zur Nationalversammlung kein grundlegend anderes Ergebnis zugunsten der proletarischen Parteien bringen konnte, es bestand zumindest die reale Möglichkeit einer anderen Entwicklung, auf die bereits Arthur Rosenberg aufmerksam gemacht hat.

Noch während des KPD-Gründungsparteitages hatten die Revolutionären Obleute und der linke Berliner USPD-Flügel um Georg Ledebour und Ernst Däumig ihr Interesse an einem Zusammengehen mit Spartakus signalisiert. Eine konsequent linkssozialistische Partei, Luxemburg, Liebknecht, Ledebour, Däumig, einschließlich der hinter den Obleuten stehenden realen Massenbasis der Berliner Großbetriebe wäre weit weniger für utopistische Abenteuer anfällig gewesen und mit großer Wahrscheinlichkeit ein reales Gegengewicht zu den Bolschewiki in der Kommunistischen

Internationale darstellen können.

Mario Hesselbarth

Kommunistische Selbstverständnisse

Manfred Mugrauer (Hrsg.), Partei in Bewegung. 100 Jahre KPÖ in Bildern. Globus Verlag Wien 2018, 448 S., br., 39,90 Euro

Schwergewichtig kommt diese neue Geschichte der österreichischen Kommunisten daher, zweieinhalb Kilo könnten den Leser erschlagen, wenn er nicht von den vielen Abbildungen von Dokumenten, Menschen, politischen und kulturellen Aktivitäten überwältigt würde. Eine „Partei in Bewegung“ wird von Manfred Mugrauer getitelt, aber vor allem ist es eine Partei von Menschen wie Du und Ich, die sich einer Sache verschrieben haben – einer gerechteren, friedlicheren Welt, in der die Ausgebeuteten und Unterdrückten zu ihrem Recht kommen. „Das bedeutet in erster Linie hundert Jahre aufrechten Gangs Hunderttausender Menschen durch die österreichische Zeitgeschichte“, wie es im Vorwort heißt. (6)

Der Herausgeber verlässt sich auf die Suggestionskraft der 2.300 Fotos, mühselig aus dem Parteiarchiv der KPÖ, dem Bildarchiv der Parteizeitung „Volksstimme“ und zahlreichen privaten Überlieferungen zusammengestellt. Das ist auch aus historiografischer Sicht eine herausragende Leistung und wohl die letzte Chance, eine analoge Bildwelt dem Betrachter, auch dem Historiker, zugänglich zu machen. Das wird in der schnelllebigen digitalen Zeit mit dieser Prägnanz

und Repräsentanz kaum noch möglich sein. Es sind Bilder eines langen, harten, verlustreichen Kampfes. Knappe, instruktive Begleittexte, Lexikoneinträge ähnlich, erläutern und vertiefen das Gesehene.

Reaktion und Faschismus forderten ihr blutiges Opfer. Viele der Akteure der österreichischen kommunistischen Bewegung haben – wie zahlreiche ihrer Genossen und Genossinnen, aber auch ihrer Ex-Genossen weltweit –, gebrochene Biografien. Sie haben bürgerlichen Staat und Faschismus am eigenen Leib erfahren, aber erlebten auch die Gnadenlosigkeit der Parteikämpfe innerhalb der eigenen Bewegung. Für nicht wenige wurde die Flucht in das sowjetische Exil nach der faschistischen Machtergreifung, in Österreich mit den Schlüsseldaten Februar 1934, dem austrofaschistischen Staatsstreich, und dem März 1938, dem Anschluss an Hitlerdeutschland, zu einer Todesfalle.

Das Buch verschweigt, beschönigt nichts. Die österreichische Partei der Kommunisten wurde in den Revolutionstagen 1918 geboren, suchte mit allen Schwankungen ihren Platz in dem zunächst demokratischen, sozialdemokratischen dominierten Deutschösterreich und war in der faschistischen Nacht Ziel ihres Gegners. Die Kommunisten nahmen diese Herausforderung an. Bereits 1933 verboten kämpften sie im Februar 1934 gegen die „Hahnenschwänzer“, standen in Madrid an der Seite der spanischen Republik und leisteten 1938/45 Untergrundarbeit gegen den Faschismus im eigenen Land, waren selbst als Partisanen aktiv. Ein verlustreicher Kampf, der sie – im Gegensatz zu ihren angepassten Landsleuten, die sich

lieber als Opfer denn als Täter sahen – an die Seite der Sieger, der Befreier stellte. Kommunisten wurden Teil der ersten Nachkriegsregierungen, waren zeitweilig tatsächlich eine Massenpartei mit großem ideologischem, kulturellem, teilweise politischem Einfluss. Von diesem antifaschistischen Einsatz zehren die Kommunisten heute noch, so dass selbst ihre Parteigeschichtspublikation nicht nur vom linken Projekt transform! Europe gefördert wird, sondern durch den Nationalfond der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, der Arbeiterkammer Wien und der Kulturabteilung der Stadt Wien.

Ja, die Kommunisten hatten Dank ihres opfervollen antifaschistischen Kampfes Autorität und sie fanden bis 1955 im sowjetisch besetzten Teil der Republik Österreich auch günstige Bedingungen vor, sich als Partei zu entwickeln und gesellschaftlichen Einfluss auszuüben. Aber diese Nähe zur Besatzungsmacht bekam ihnen unter den Bedingungen des rasch begonnenen Kalten Krieges schlecht. Ihr Einfluss wurde zurückgedrängt, sie verloren Wahlen, waren schließlich nur noch symbolisch, wenn auch mit großem persönlichem Gewicht im Nationalrat vertreten.

Die Erschütterungen der kommunistischen Welt hatten unmittelbar Folgen für die KPÖ. Konnten sie die Ungarn-Krise von 1956 noch halbwegs geschlossen überstehen so wurden der „Prager Frühling“ und seine gewaltsame Niederwerfung durch die Sowjetunion und ihre Verbündeten für sie zum Debakel. Die Partei stürzte in eine tiefe Krise. Knapp und doch präzise heißt es im Buch: „Die 68er Bewegung in Österreich wurde von linken

Gruppen außerhalb der KPÖ getragen. Diese war mehr mit dem ‚Prager Frühling‘ beschäftigt. Die KPÖ unterstützte den Reformprozess in der Tschechoslowakei und verurteilte den Einmarsch der Warschauer Paktstaaten in Prag. In den nächsten Monaten brachen die bereits länger schwelenden Widersprüche in der Partei offen aus und mündeten in eine fraktionelle Auseinandersetzung. Nach dem Ausschluss von Ernst Fischer im Oktober 1969 verließen 27 Mitglieder das Zentralkomitee der Partei. Die KPÖ verlor in den nächsten Monaten etwa ein Drittel ihrer Mitglieder ... Bei der Nationalratswahl 1970 erhielt die KPÖ nur noch 44.750 Stimmen (1963: 135.529).“ (328)

Zwar konnte sich die Partei unter Wiederanlehnung an die KPdSU neu organisieren, aber sie verlor Kraft und Attraktivität trotz der Arbeit vieler Kommunisten und Kommunistinnen in der Gesellschaft. Der Zusammenbruch des Realsozialismus 1989/91 stürzte die Partei erneut in eine tiefe Krise. Zu spät und zu inkonsequent hatten sie die Gefahr für die sozialistische Sache erkannt.

Heute ist die Partei eine kleine politische Formation der Linken, die ihrem Kurs für den Sozialismus, für die Interessen der Arbeitenden versucht weiter zu betreiben. Wahlerfolge erzielt sie nur dort, wo sie erfolgreich Interessen artikulieren kann wie in der Wohnungsfrage, die die Grazer und Steiermarker Parteiorganisation schon über Jahre stark macht.

Die KPÖ hat sich vom Versuch einer verbindlichen Parteigeschichtsschreibung längst verabschiedet. Ihre Historiker stellen das Handeln der Arbeiter,

der Parteimitglieder in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen. Sie wissen um die Konflikte, die Wege und Irrwege der Partei und der Einzelnen in der Geschichte. Das vorliegende Buch ist eines der politisch engagierten Menschen mehrerer Generationen, es berichtet von Kämpfen, von harten, aber auch fröhlichen Stunden des Klassenkampfes. Es sollte nicht nur unter den Mitgliedern dieser Partei seine Leser und Betrachter finden. So sieht politisches Leben und Handeln aus.

Stefan Bollinger

Willy Brandt über Kriegsziele im 2. Weltkrieg

Willy Brandt, Die Kriegsziele der Großmächte und das neue Europa, Dietz-Verlag, Bonn 2018, 152 S., 18,- Euro

Die Geschichte dieses Buches ist wohl spannender als sein Inhalt. Der 26-jährige Journalist Willy Brandt schrieb es im norwegischen Exil in den ersten Monaten des Jahres 1940 in Oslo. Es sollte am 9. April 1940 im Verlag der norwegischen Arbeiterpartei erscheinen und war für die norwegische Diskussion vorgesehen. In der Tat erhielt der Verfasser am 8. April mittags ein erstes Signalexemplar. In der darauffolgenden Nacht überfiel die Wehrmacht Dänemark und Norwegen. Gemeinsam mit prominenten Mitgliedern der norwegischen Arbeiterpartei floh Brandt aus Oslo nach Schweden. Die mit der Wehrmacht in Oslo einrückende Gestapo beschlagnahmte im Tiden-Verlag, der der Arbeiterpartei nahestand, die gesamte ausgedruckte Auflage und ließ sie

vernichten, obwohl sie sie gar nicht lesen konnte, da das Buch in norwegischer Sprache gedruckt war, denn es war als Beitrag zur Diskussion innerhalb der norwegischen Arbeiterbewegung gedacht.

Obwohl bereits vernichtet, wurde das Buch von der Marionettenregierung Vidkun Quisling auf die erste Liste verbotener Bücher gesetzt. Keine zehn Exemplare haben die Zerstörung „überlebt“. 68 Jahre später scheint nun erstmals eine Edition des Textes auf Deutsch. Die Übersetzung aus dem Norwegischen besorgte Einhart Lorenz, Professor für moderne Geschichte an der Universität Oslo.

Brandt war im September 1838 von der Reichsregierung ausgebürgert worden, nichtsdestotrotz wurde er in deutsche Kriegsgefangenschaft genommen. Seine Bemühungen um die norwegische Staatsbürgerschaft waren zuvor an Formalitäten gescheitert. Der norwegische Verlag ließ dem in deutscher Kriegsgefangenschaft sitzenden Autor das Honorar für die gesamte Auflage anweisen, bevor diesem die Flucht nach Schweden gelang.

Bemerkenswert an dieser Schrift des jungen Brandt erscheinen mir vor allem zwei Dinge. Erstens seine Konzentration auf die Kriegsziele der Großmächte als die zentrale Frage der gerade begonnenen Krieges. Während im ersten Weltkrieg Denkschriften und Debatten zu den Kriegszielen streng geheim blieben, wurden Kriegsziele nach dem 1. September 1939 von den kriegführenden Mächten sofort öffentlich ins Spiel gebracht und in der britischen und französischen Öffentlichkeit diskutiert. Brandt referiert solche Prokla-

mationen und die öffentlichen Diskussionen in England und Frankreich. Natürlich konnte er bei seiner Zuordnung der Ziele nur auf die Verlautbarungen der Politiker zurückgreifen, ohne sie prüfen zu können, auch wenn diese überaus verlogen waren.

Der zweite auch in der Gegenwart überaus bemerkenswerte Punkt seiner Schrift sind Brandts Vorstellungen für ein föderales Europa als Friedenslösung.

Da der im selben Monat nach England emigrierte konservative deutsche Publizist Sebastian Haffner in England sein Buch „Germany. Jekyll & Hyde“¹ veröffentlichte, hätte ein Vergleich beider Schriften durch den Herausgeber nahe gelegen und eigentlich erst ermöglicht, Brandts Schrift hinsichtlich der Erfassung der Kriegsziele und der Berichterstattung über die Kriegszieldiskussion in England und Frankreich vergleichend zu bewerten. Der Herausgeber dieser Ausgabe hat darauf verzichtet, einen solchen Scheinwerfer zu benutzen. Eine solche vergleichende Analyse kann natürlich in einer Rezension nicht nebenbei geleistet werden, so nötig und so nützlich sie wäre. Brandt sah seine Aufgabe darin, die norwegische Arbeiterbewegung über die alliierte Kriegszieldiskussion zu informieren, deshalb hielt er sich mit einer kritischen Analyse sowohl der Apeasementpolitik Englands und Frankreichs als auch der Kriegszieldiskussion in beiden Ländern sehr zurück. Das war

¹ Sebastian Haffner, *Germany Jekyll and Hyde. An eyewitness analysis of Nazi Germany*, London 1940; dt. Ausgabe: *Germany: Jekyll & Hyde 1939 – Deutschland von innen betrachtet*, Berlin, 1996.

Haffners Sache nicht. Er wollte die britische Öffentlichkeit für den Krieg gegen Nazideutschland maximal mobilisieren und direkt in die psychologische Kriegsführung eingreifen. So nahm er im April 1940 die spätere angloamerikanische Zielstellung vorweg und forderte einen Krieg gegen Nazideutschland bis zum unconditional surrender,

Werner Röhr

Grenzgänger der Sozialdemokratie: Peter von Oertzen

Philipp Kufferath, Peter von Oertzen (1924-2008). Eine politische und intellektuelle Biographie. Wallstein-Verlag, Göttingen 2017. 797 Seiten, 49,90 Euro

Philipp Kufferath legte 2017 eine umfangreiche und mit dem Christian-Gottlob-Heine-Preis der Graduiertenschule für Geisteswissenschaften Göttingen für die beste geisteswissenschaftliche Dissertation prämierte Biographie des Linkssozialisten, Intellektuellen, sozialdemokratischen Programmatikers und Funktionärs sowie radikaldemokratischen Vordenkers Peter von Oertzen vor. Der Autor, Philipp Kufferath (geb. 1980), studierte Geschichte, Soziologie, Medien- und Kommunikationswissenschaft sowie Philosophie in Berlin und Göttingen und arbeitet u.a. als geschäftsführender Herausgeber des „Archivs für Sozialgeschichte“ und bei der Friedrich-Ebert-Stiftung. Ihn faszinierte die Vielgestaltigkeit des Denkers, Politikers und Menschen Peter von Oertzen.

Von Oertzen beschrieb seinen intellektuell-politischen Reifungsprozess wie folgt: „Ich habe meine mora-

lisch-soziale Person gewissermaßen politisch-wissenschaftlich selber konstruiert, mich also sozusagen am eigenen Schopfe hochgezogen und in der Schwebelage gehalten“, wie er es Oskar Negt, seinem Weggefährten, 1994 mitteilte (9). Und so in ständiger Auseinandersetzung mit der Zeitläufte, ihrer Reflexion und den diese beeinflussenden Denkansätzen befindlich, widerspiegelt sein Leben einen komplexen Prozess der Erkenntnissuche, „der aufgrund der Breite und Vielfalt schwindelig machen kann“, wie Kufferath einleitend einräumt (10). Von Oertzen sei eine vielschichtige Persönlichkeit gewesen, die im Wandel der Zeiten und Diskurse immer neue Identitätsfacetten gebildet habe. Den schmalen Grat zwischen Hagiographie einerseits und holzschnittartiger Reduktion hat Kufferath souverän bewältigt.

Von Oertzens Lebensweg und seine politisch-geistige Entwicklung zeichnen die großen politischen und kulturellen Brüche zwischen dem Ende der Weimarer Republik, dem Faschismus und dem „Erwachsenwerden“ der Bundesrepublik Deutschland nach. Dass sich seine Persönlichkeit im Kontext eines nationalkonservativen, preußisch geprägten Elternhauses vollzog, Nationalsozialismus und den Krieg zunächst befürwortete, um dann nach 1945 den Platz an der Seite der Arbeiterbewegung zu suchen, rekonstruiert Kufferath im ersten Kapitel seiner Arbeit (55-171). Der am 2. September 1924 in Frankfurt am Main Geborene wuchs in Berlin auf, zunächst im Arbeiterbezirk Neukölln, später im mondänen Charlottenburg. Ein weiterer Umzug führte nach Wilmersdorf in die Nähe des Kurfürs-

tendammes. In Wilmersdorf lebten im Schnitt 13,5 Prozent jüdische Berliner, in „Ku'damm-Nähe“ sogar rund 25 Prozent, deren Deportation dem zeitweiligen HJ-Mitglied und seit Ende 1941 Soldaten kaum verborgen geblieben sein dürfte. Als Soldat wurde von Oertzen zwei Mal verwundet und erfuhr überdies vom Tod seines Vaters im Juli 1944. Im Lazarett erlebte er das Kriegsende, die bedingungslose Kapitulation und den Untergang des Hitlerreiches und der „Ideale“, an die er lange geglaubt hatte.

Der Bruch mit den Stereotypen seiner politischen Sozialisation aus dem Faschismus vollzog sich schrittweise. So sympathisierte der Preußenspross 1945 zunächst mit der CDU und hielt Distanz zu den Arbeiterparteien SPD und KPD, dabei erprobte er erstmals sein rhetorisches Geschick (90). Seit November 1946 studierte er an der Philosophischen Fakultät der Georg-August-Universität in Göttingen, erste verfasste Texte aus dieser Zeit lassen eine Hinwendung zum Sozialismus bei gleichzeitiger Auseinandersetzung mit jungkonservativem Gedankengut des „Tat-Kreises“ der Weimarer Republik erkennen. In dieses Umfeld gehörte immerhin ein gewisser Franz von Papen, ein Steigbügelhalter der Nazis. Am 4. November 1946, dem Datum seiner Immatrikulation in Göttingen, trat von Oertzen der SPD bei, deren Mitglied er bis 2005 blieb, und schloss sich der „Sozialistischen Studentengruppe“ an, die seinerzeit einen ethischen Sozialismus propagierte und unter dem Dach des SDS wirkte. Schon bald brachte er es zu ihrem lokalen Vorsitzenden (109). Vieles ist aus dem Nachlass von Oert-

zens geschöpft, also aus Entwürfen, Briefen und Texten, ergänzt um die entsprechenden Sekundärquellen, die eine einordnende Erörterung erst möglich machen.

Auch ihm schlug in der Arbeiterpartei SPD der übliche „Anti-Intellektualismus“ entgegen. Erst die Niederlagen gegen die CDU/CSU ließen die Erkenntnis reifen, dass die Partei mehr denn je auf Kader aus dem Wissenschaftsbetrieb und junge Menschen angewiesen sei, um neue Mitglieder und Anhänger zu gewinnen. Daher beschloss der Bezirk Hannover eine Art „Jugend-Quote“, der zufolge jedem Vorstand auf jeder Parteebene ab Januar 1950 mindestens zwei Mitglieder angehören, die nicht über dreißig Jahre alt sind (144). Damit war stets die typisch sozialdemokratische „Kärmerarbeit“ aufs Engste verbunden. Doch der Freigeist Peter von Oertzen sympathisierte angesichts der 1950 in der BRD einsetzenden Debatte um einen „Wehrbeitrag“ schnell mit der auch in Göttingen aktiven pazifistischen „Ohne-mich-Bewegung“, die seine Linksentwicklung spürbar forcierte (144 ff).

Nach und nach wurde Peter von Oertzen zu einem Repräsentanten der Parteilinken der SPD. Auf dem Godesberger Parteitag von 1959, an dem er als einer von wenigen linken Delegierten teilnahm, gelang es ihm nicht, einen Gegenentwurf zum Godesberger Programm in die Debatte einzubringen, nachdem er den Alternativentwurf Wolfgang Abendroths in Teilen verworfen hatte. Dennoch blieb er nach dem Rauswurf der SDS-Fördergesellschaft um Wolfgang Abendroth aus der SPD einer der wenigen Orientierungsfiguren

linker Programmatik in der SPD, sein Marxismusverständnis integrierte Elemente rätedemokratischer, syndikalistischer und reformsozialistischer Positionen und trug auf diese Weise nicht wenig zur Profilierung der inhaltlichen Strömungen der Jungsozialisten, insbesondere der Reformisten und der Anti-Revisionisten in den späten sechziger und den siebziger Jahren bei. An programmatischen SPD-Diskussionen wie dem „Orientierungsrahmen 1975-1985“ und dem Berliner Programm von 1989, das deutlich eine damals ökosozialistisch-radikaldemokratische Handschrift trug, wirkte er federführend mit. Insofern gehört sein Wirken zum linkssozialistisch-marxistischen Erbe der SPD, das sie leider heute gern vergessen möchte. Seine von Abendroth beeinflusste Studie über „Betriebsräte in der Novemberrevolution“ (1963) ist sein wissenschaftliches Hauptwerk.

Unvergessen bleiben allerdings auch seine partielle Unduldsamkeit gegenüber dem Marxismus der „Juso-Linken“ und den Positionen Abendroths, wie in den Debatten um die „Herforder Thesen von Marxisten in der SPD“ von 1979 ff. deutlich wurde, wenngleich er deren Existenzberechtigung innerhalb der Sozialdemokratie respektierte, was auch den Autor dieser Besprechung betraf. Gleichzeitig hatte er als Kultusminister in Niedersachsen von 1970-1974 nicht immer ein glückliches Händchen als Reformierender der Schulen und Universitäten, wenngleich der Druck von konservativer Seite beträchtlich blieb. Und so blieb, auch das erwähnt Kufferath, seine Haltung in Sachen Berufsverbote widersprüch-

lich. Einerseits lehnte er die DKP und ihre Vorfeldorganisationen wie den MSB Spartakus oder die SDAJ politisch ab, andererseits unterhielt er rege Kontakte zu trotzkistischen und syndikalistischen Repräsentanten und zum SHB, der ebenfalls die „Stamokap-Theorie“ vertrat. Im Endeffekt aber machte sein Ministerium keine Ausnahme von der Berufsverbotepraxis.

2005 verließ von Oertzen aus Protest gegen die Agenda-Politik die SPD und stieß zur WASG, deren Vereinigung mit der PDS zur Linkspartei er aber nicht mitging. Er blieb ein widersprüchlicher und zugleich anregender Geist, mal radikaler Demokrat, dann vehementer Linkssozialist, trotzdem immer ein Sozialdemokrat seiner Zeitläufte. Viele ihrer Brüche finden sich in seiner Biographie wieder. Philipp Kufferath konnte uns einiges darüber mitteilen, auch im kritischen Sinne. Und in diesem Kontext sollten wir den Grenzgänger von Oertzen im Gedächtnis behalten.

Holger Czitrich-Stahl

„Antisemitismus“- Bekämpfung als Reparation für „Auschwitz“?

Moshe Zuckermann, Der allgegenwärtige Antisemit oder: Die Angst der Deutschen vor der Vergangenheit. Mit einem Beitrag von Susann Witt-Stahl, Westend, Frankfurt am Main, 2018, 256 S., 20 €

Das neueste Buch des Freudomarxisten Moshe Zuckermann knüpft an mehrere seiner früheren Monographien an, um eine neues Phänomen auf den Begriff zu bringen, das sich

zunehmend in den vorherrschenden Ideologien und Diskursen in Deutschland und Israel beobachten lässt: die Allgegenwärtigkeit des Antisemitismus. Wer allerdings eine weitere Abhandlung über „neuen“, „linken“ oder „islamischen“ Antisemitismus erwartet, wird enttäuscht. Von diesen Diagnosen hält der jüdisch-israelische Soziologe und Historiker nicht sonderlich viel.

Vielmehr geht es um die Frage, was diejenigen antreibt, die insbesondere seit dem einsetzenden Niedergang der US-Hegemonie und vor dem Hintergrund des Nahostkonflikts überall „Antisemiten“ imaginieren und zur Hatz auf diese blasen, obwohl es sich bei der Mehrheit der Zielpersonen mitnichten um solche handelt. Denn statt Antisemiten geraten immer mehr Kritiker der israelischen Besatzungs- bzw. Regierungspolitik oder des Zionismus und – seit einiger Zeit – auch verstärkt jüdische und israelische Oppositionelle ins Fadenkreuz „hauptamtlicher Antisemiten-Jäger“ (70). Zuckermann lokalisiert die Ursachen für die Jagd in der deutsch-jüdischen Vergangenheit, dem Verhältnis von Deutschen und Juden, der (Massen-)Psychologie beider Kollektive und der politischen Utilität des Antisemitismusvorwurfs.

Insbesondere mit Blick auf die deutschen Zustände ist das Problem noch gravierender. Deutschen, die kritische Juden in der Bundesrepublik als „Antisemiten“, „Israelhasser“ oder „selbsthassende Juden“ bekämpfen, weil letztere nicht in ihre ideologische Vorstellung vom Juden passen, der gefälligst Zionist und Unterstützer der israelischen Politik sein soll, attestiert der langjährige Leiter der

Sigmund-Freud-Privatstiftung zu Recht schlicht Antisemitismus.

Zuckermann eröffnet seine Analyse, indem er die Instrumentalisierung der Vergangenheit am Umgang mit dem Holocaust erörtert. Er differenziert zwischen „notwendiger Vereinnahmung“ des Zivilisationsbruchs „durch das Gegenwärtige“ (14) und der „sekundären Instrumentalisierung der Vergangenheit“ (22), wie sie in Deutschland und Israel betrieben wird. Der Unterschied besteht darin, dass ersterer das reale Wesen des Holocausts erinnert, während dieses Wesen bei letzterer für fremdbestimmte Zwecke entstellt wird. Mit anderen Worten: Bei der Erinnerung geht es um das zu Erinnernde, bei der heteronomen Vereinnahmung wird das zu Erinnernde für andere Absichten zugerichtet.

Im zweiten und dritten Teil des Buches zeigt der Professor für Geschichte und Philosophie dann, wie sich der heteronome Umgang mit der Vergangenheit, dem Judentum und dem Antisemitismus einerseits in der zionistischen Bewegung und ab 1948 in Israel und andererseits in Deutschland ab 2005 entwickelt hat. In beiden Fällen gelingt es Zuckermann, den je eigentümlichen ideologischen Nexus der Identifikation von Israel, Zionismus und Judentum auf der einen und Israelkritik, Antizionismus und Antisemitismus auf der anderen Seite aufzulösen. Israel, Zionismus und Judentum sind, so seine unhintergehbare Erkenntnis, nicht-identisch ebenso wie Israelkritik, Antizionismus und Antisemitismus.

In Israel instrumentalisieren die herrschende Klasse den Holocaust und

die Erinnerung daran für die Legitimation des zionistischen Staatsprojekts. Die siegreiche Strömung des Zionismus sei de facto auf den Antisemitismus angewiesen und bekämpfe ihn daher nicht. Er brauche ihn als Kitt in einer im Inneren tief gespaltenen Gesellschaft und als Begründung für die Aufrechterhaltung der jahrzehntelangen barbarischen Okkupation. Gleichzeitig viktimisiere sich Israel selbst, um die Verantwortung für die Taten in den besetzten Gebieten nicht übernehmen zu müssen. Alle Kritik werde als „antisemitisch“ abgekanzelt, proportional zur wachsenden Faschisierung des Landes. Realiter suche die israelische Regierung sogar den Schulterschluss mit echten Antisemiten und Faschisten.

Anders verhält es sich in Deutschland. Dort solidarisiere sich ein Amalgam aus Vertretern der politischen Klasse, deutschen Leitmedien, jüdischen Institutionen, gewendeten Exlinken und „Anti-deutschen“ mit Israel, das sie fälschlicherweise mit Juden und Zionismus identifizierten. Für sie existiere Israel lediglich als Projektionsfläche. Ihre Hauptaufgabe sähen diese neben ostentativer Israel-solidarität in der Bekämpfung des Antisemitismus, der aber mit wirklichem Antisemitismus nichts zu tun habe. Die Journalistin und Chefredakteurin des Magazins für Gegenkultur *Melodie & Rhythmus*, Susann Witt-Stahl, konkretisiert diese Kritik in ihrem über 40-seitigen Gastbeitrag am Beispiel des Magazins *Konkret*. Sie zeigt, dass die ideologische Disposition der „Anti-Antisemiten“ in Deutschland funktional für die offizielle deutsche Außenpolitik ist. Zuckermann verweist wiederum darauf,

dass sie sich auch aus einem philosemitischen Ressentiment speist, das seinem antisemitischen Pendant verschwistert ist. Anti- und Philosemiten wollen nichts von konkreten Juden wissen und betreiben aus unbewältigten Schuldgefühlen gegenüber den Opfern der Shoah „Antisemitismus“-Bekämpfung als Reparation für „Auschwitz“, (75).

Im vierten Teil des Buchs geht es schließlich um verschiedene einzelne Ereignisse und Debatten in Israel und Deutschland. Zuckermann unterzieht beispielsweise Micha Brumliks Umdeutung des Antisemitismus von einem genuin rechten zu einem Problem der Linken einer schneidenden Ideologiekritik. Er entlarvt sie als Entlastung Israels von den Verbrechen an den Palästinensern. Zuckermann bezieht auch Stellung zu der Aktion „Deutschland trägt Kippa“ im April 2018, bei der viele Menschen ihre Solidarität mit Juden durch das Tragen der Kippa bekunden wollten. Sie wurde ins Leben gerufen, nachdem ein Muslim in Berlin einen Mann tödlich angegriffen hatte, mutmaßlich weil dieser eine Kippa trug. Zuckermann klassifiziert die Aktion als „clowneske, letztlich aber in ideologischer Absicht hochgradig hysterische Aktion der Solidaritätsbekundung“ (174). Deren Teilnehmer reduzierten offenbar Judentum auf Religion. Denn die Kippa sei kein Symbol aller Juden, sondern ein religiöses. Zum anderen sieht Zuckerman in der Aktion „das latente Bedürfnis, auch mal ‚Jude‘ sein zu dürfen“, eine „performative Überidentifizierung“, die „eine Art Schuldabtragung“ (177) beinhaltet. Besonders stößt dem kritischen Theoretiker jedoch auf, dass weder

die veröffentlichte Meinung noch die Demonstranten den „Realitätskern“ (172) – den Territorialkonflikt zwischen Israel und Palästinensern – zur Kenntnis nehmen wollen, der dem arabischen Hass auf Juden zugrunde liegt. Ohne damit antisemitische Ressentiments zu legitimieren, müsse man diesen Unterschied zum „traditionellen Antisemitismus“ bei der Bewertung ebenso in Rechnung stellen wie den „Hass von Juden auf ‚die Araber‘“ (173).

Susann Witt-Stahl behandelt in ihrem abschließenden Aufsatz vertiefend ein Phänomen, das Zuckermann als „Hitlers verlängerten Arm“ (196) bezeichnet: die zunehmenden „Hetzjagen auf jüdische Linke“ (222). Diese Rufmordkampagnen richteten sich unter anderem gegen die Philosophin, Jewish-Voice-for-Peace-Mitglied und Unterstützerin der Boycott-Divestment-and-Sanctions-Kampagne, Judith Butler; gegen den ehemaligen Résistance-Kämpfer und Buchenwald-Überlebenden Stéphane Hessel; gegen das ehemalige Mitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland Rolf Verleger; und gegen Moshe Zuckermann. Die Liste mutmaßlicher jüdischer Antisemiten, die in Wirklichkeit aufgrund ihrer Kritik an Israels Politik angegriffen werden, ließe sich mühelos verlängern. Das Besondere an diesen Fällen ist, dass unter dem Deckmantel des Anti-Antisemitismus und der Israelsolidarität Deutsche wieder dazu übergehen, Juden auszugrenzen. Der Übergang vom Philo- zum Antisemitismus ist, wie Zuckermann indiziert, nicht weit.

Christian Stache

Kritische Analyse des Konservatismus

Ludwig Elm, Geschichte eines Historikers. Erinnerungen aus drei deutschen Staaten. PapyRossa Verlag Köln 2018, 395 S., 28,- Euro

Die Biographie von Ludwig Elm ist exemplarisch für einen Historiker der DDR. Sie umfasst den Werdegang von der Kindheit, über die Schulzeit bis zu den Jugendjahren in Thüringen. Elm kam auf einem ungewöhnlichen Weg zur Geschichtswissenschaft. Nach einer landwirtschaftlichen Lehre folgte das Studium der Agrarwissenschaften an der Humboldt-Universität. Angeregt durch seine Lehrtätigkeit als Hilfsassistent im gesellschaftswissenschaftlichen Grundlagenstudium wechselte er 1953 an das Franz-Mehring-Institut der Leipziger Universität, wo es darum ging, Diplom-Lehrer für Marxismus-Leninismus auszubilden. Im August 1956 wechselte er an das Institut für Gesellschaftswissenschaften der Friedrich-Schiller-Universität, wo er zunächst als Seminarleiter an der Landwirtschaftlichen Fakultät eingesetzt wurde.

Die Dissertation zu den freisinnigen Parteien im deutschen Kaiserreich zwischen 1893 und 1907 verteidigte er 1964. Sie erschien 1968 im Akademie Verlag Berlin. 1970 wurde Elm zum ordentlichen Professor für Wissenschaftlichen Sozialismus berufen. Einige Jahre wirkte er an der Jenenser Universität als Prorektor für Gesellschaftswissenschaften. Für den Kulturbund war er von 1971 bis 1981 Mitglied der Volkskammer der DDR.

Zu den bedeutenden wissenschaftlichen Leistungen Elms zählt die Be-

gründung der Konservatismus-Forschung, die in Ost und West rasch internationale Anerkennung fand. Obwohl der Konservatismus eine starke Strömung imperialistischer Reaktion darstellte, war er in der Forschung lange Zeit fast unbeachtet geblieben. Das lag auch daran, dass die konservativen Führer nach 1945 die profaschistische Rolle dieser Ideologie vergessen machen wollten. In diese Lücke stieß Elm vor, was Manfred Behrend als „Pioniertat“ wertete. Bis 1990 veranstaltete Elm drei Internationale Konservatismus-Kolloquien. Die Reihe *Konservatismus-Forschung* brachte es auf 12 Hefte. Nach Herstellung der deutschen Einheit wurde Elm per Abwicklung im September 1991 entlassen.

Clemens Burrichter hatte Elm am 2. Juni 1987 zu einem Vortrag über die Konservatismusforschung in der DDR ins Institut für Gesellschaft und Wissenschaft (IGW) nach Erlangen eingeladen. Burrichter begegnete Elm 1995 wieder als Sachverständiger der SPD in der Enquete-Kommission des Bundestages. Nach dem Jahre 2000 kam es zu erneuten Begegnungen bei Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) Brandenburg. Bemerkenswert findet Elm, was Burrichter auf die Frage antwortete, ob er „sich eine andere Art der Vereinigung gewünscht“ habe: „Was mein Metier, Wissenschaft und Forschung betrifft, auf jeden Fall. Ich hatte auf Fusion gehofft statt auf Abwicklung und Einverleibung.“

Von 1994 bis 1998 wurde Elm für die PDS tätig in der Enquete-Kommission des 13. Deutschen Bundestags („Überwindung der Fol-

gen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“). 2001 legte er die Schrift „Das verordnete Feindbild. Neue deutsche Geschichtsideologie und ‚antitotalitärer Konsens‘“ vor. Es ging dabei um eine Bilanz der beiden Enquete-Kommissionen des Bundestages 1992 und 1998. Schwerpunkte waren: der Vergleich der Vergangenheitsbewältigung 1945 und 1990, „Diktaturenvergleich“, Antifaschismus sowie Erinnern und Gedenken nach „zwei deutschen Diktaturen“. In dieser Schrift ging er auch auf die regional wenig bekannte Enquete-Kommission des Landtages Mecklenburg-Vorpommern „Leben in der DDR, Leben nach 1989 - Aufarbeitung und Versöhnung“ ein. Als Besonderheit gegenüber dem fast gleichzeitigen zentralen Pendant fiel Elm zunächst das völlig andere Kräfteverhältnis zwischen nur drei Parteien – CDU, SPD und PDS – auf. Die Mitglieder hatten fast ausnahmslos eine DDR-Biographie. Auch die der CDU und SPD angehörenden Abgeordneten wiesen normale berufliche, private und gesellschaftliche Lebenswege auf, in der Regel hatten sie Hochschulabschluss und waren teilweise promoviert. Vertreter der DDR-Opposition waren nicht aus ideologischen und taktischen Gründen überrepräsentiert. Der Sprachgebrauch bezüglich der DDR war weniger aggressiv und herabsetzend. Die Idee der Versöhnung, die die Bundestags Enquete-Kommissionen nicht kannten, war in Schwerin in den Titel aufgenommen worden. In der Schlussdebatte hatte ein Abgeordneter zutreffend geäußert, dass die „Fundamentalkritik der DDR als Hort des Bösen“ eine Sackgasse sei.

Resümierend schrieb Elm, dass die geschichtspolitischen Bemühungen in Schwerin bewiesen, „welcher Grad konstruktiver kritischer und selbstkritischer Erörterung und Verständigung möglich ist, wenn elementare Gebote gesamtgesellschaftlicher Aufarbeitung von Vergangenheit von allen Beteiligten respektiert werden.“

Die 1998 gegründete Bundesstiftung zur Aufarbeitung der „SED-Diktatur“ knüpfte an die Enquete-Kommissionen des Bundestags an. Sie erlangte durch politische, finanzielle und mediale Unterstützung eine Schlüsselrolle im Gesamtbetrieb öffentlichkeitswirksamer antikomunistischer Massenbeeinflussung.

Vierzig Jahre hatten widerstrebende konservative Kreise eine Gedenkstättenkonzeption des Bundes für die unvergesslichen, riesigen Opfergruppen der deutschen faschistischen Diktatur verhindert. Jetzt aber wurde – nicht zuletzt unter außenpolitischen Gesichtspunkten – erstmals eine solche Konzeption vorgelegt. Die sofortige und skrupellose Verknüpfung mit der „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur“, mit „doppelter Vergangenheit“ und „zwei deutschen Diktaturen“ beschleunigte diesen Prozess. Elm geht davon aus, dass die Art und Weise des Umgangs mit der NS- und der DDR-Vergangenheit „etwa umgekehrt proportional zur Dimension der Verbrechen“ erfolgte.

Nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag engagierte sich Elm neben seinen Forschungen in antifaschistischen Verbänden in den neuen Ländern und auf Bundesebene.

Siegfried Prokop

40 Jahre nach der unglücklichen Ehe – zum Stand von Feminismus und Marxismus

Alexandra Scheele; Stefanie Wöhl (Hrsg.), Feminismus und Marxismus, Beltz Juventa, Weinheim Basel 2018, 246 S., 29,95 Euro.

Alexandra Scheele und Stefanie Wöhl decken mit dem Sammelband eine Vielzahl an Beiträgen und Schwerpunkten ab, die sich der Verbindung von Feminismus und Marxismus widmen. Unter fünf Kapiteln subsumieren sich zwei bis drei Artikel überwiegend deutschsprachiger Autorinnen. Im Zentrum stehen dabei das Verhältnis der Sphären der Reproduktion und der Produktion sowie die besondere Stellung der Frau bzw. weiblich konnotierter Arbeit in diesen. Die Beiträge behandeln dabei theoretische Konzeptionen, weniger konkrete Arbeits- oder andere Kämpfe.

Eingeleitet mit Feministischer Kapitalismuskritik werden von Frigga Haug, Nancy Fraser und Ingrid Kurz-Scherf nicht nur Einblicke in theoretische und geschichtliche Hintergründe aktueller Debatten gegeben; sie bringen auch politische Handlungsvorschläge ein. In Arbeit, Care und Soziale Reproduktion wenden sich Beatrice Müller, Gabriele Winker und Alexandra Scheele dem Arbeitsbegriff und der Werttheorie von Marx zu, um beides zu erweitern und auf Care-Arbeit und Reproduktion der Arbeitskräfte zu beziehen. Das Kapitel Ideologie und Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen ist mit Tina Jung, die sich mit kritischer Wissenschaft auseinandersetzt, Susanne Lummerding, die „queer“

als radikal-kapitalismuskritisches analytisches Konzept vorschlägt, und Hanna Meißner, die sich mit der Beschaffenheit eines revolutionären Subjekts auseinandersetzt, wesentlich breiter aufgestellt, als die Kapitel zuvor. Thematisch enger gefasst sind die letzten Kapitel Regulation und Finanzialisierung mit Beiträgen von Fabienne Décieux, Luzie Sennewald und Adrienne Roberts. Im abschließenden Kapitel setzen sich Birgit Sauer, Julia Dück, Katharina Hajek und Stefanie Wöhl mit Staatlichkeit und Reproduktionsregime auseinander.

Die in den Beiträgen vertretene Kritik an Marx entspricht weitestgehend jener der „Zweiten Frauenbewegung“, dass Marx die spezifische Ausbeutung von Frauen und ihrer unbezahlten Hausarbeit nicht behandelte. Die Abwertung von Reproduktionsarbeiten und damit einhergehend der Personen, die sie ausführen, da sie nicht unmittelbar mehrwert-schaffend seien, stand im Zentrum der Kritik. Knapp 50 Jahre später scheint es, als stehe die Diskussion um Feminismus und Marxismus an demselben Punkt. Einleitungen beginnen häufig mit der Feststellung, dass Frauen und ihre Arbeiten in den Schriften von Marx marginalisiert sind und es der Fusion feministischer und marxistischer Theorie bedürfe, das Geschlechterverhältnis jedoch nicht unter dem Kapital-Arbeit-Verhältnis untergeordnet werden sollte. Doch in der tieferen Auseinandersetzung zeigt sich, dass die theoretische Einarbeitung dieser Forderung in konzeptuelle Analysen weiterentwickelt wurde. Deutlich wird das an den verschiedenen Vor-

schlägen zur Erweiterung der Marx-schen (Arbeits-)Werttheorie. Beatrice Müller nimmt diese und die damit einhergehende Naturalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse – gemeint ist die Herausarbeitung, dass Waren kein intrinsischer Wert zugrunde liegt, sondern durch gesellschaftliche Verhältnisse entstehen – als Ausgangspunkt. Sie führt das Konzept der Wert-Abjektion ein, dass neben der Notwendigkeit eines patriarchalen-Kapitalismus Care ökonomisch abzuwerten auch die kulturelle Dimension der Abspaltung und Verdrängung von Care beinhaltet. Mit diesem Konzept klärt sie, wie es zu der sogenannten „Care-Krise“ und der Abwertung von Care-Arbeit kam. Abschließend und wieder mit Bezug auf Marx, dass die Ware Arbeitskraft die einzige Ware ist, die in der Lage ist, Mehrwert zu generieren, schließt sie, dass die Wert-Abjektion von Care und Care-Arbeit die konstitutive Voraussetzung ist, dass die Arbeitskraft überhaupt Mehrwert erschaffen kann. Die neue Dimension, die sich von der Analyse der kostenlosen Reproduktionsarbeit als notwendig für die kapitalistische Produktionsweise unterscheidet, besteht in der Einbindung einer kulturellen Dimension der Abwertung von Care und der Definition von Care(-Arbeit) selbst. Hierbei handelt es sich nicht nur um mechanische Tätigkeiten „Kochen, Putzen, Versorgen“, sondern beinhaltet explizit interaktive affektiv-emotionale Beziehungspraxen. Care und Care-Arbeit wird hier verstanden als „wechselseitige Angewiesenheit, ... als komplexer Prozess und letztlich als relational-leibliche Arbeit“ (89).

Konsens besteht in den Beiträgen dar-

in, dass Reproduktionstätigkeiten und nicht-kommodifizierte Bereiche überlebensnotwendig für den Kapitalismus sind. Uneinigkeit zeigt sich in der Frage, inwieweit diese exkludierten Bereiche als etwas Außenstehendes des Kapitalismus und damit als Nicht-Kapitalistisches gelten. Gabriele Winker argumentiert bspw., da der Kapitalismus auf die unbezahlte Reproduktionsarbeit angewiesen sei, könne diese nicht als etwas Nicht-Ökonomisches bezeichnet werden. Reproduktionsarbeiten seien zwar nicht direkt wertschaffende Arbeit, „das Ausmaß der Reproduktionsarbeit kann aber dennoch die durchschnittlichen Reproduktionskosten und damit den Wert der Arbeitskraft beeinflussen.“ (104)

Nancy Fraser wiederum geht in ihrem Beitrag auf die „im Hintergrund bleibenden Ermöglichungsbedingungen“ (45) kapitalistischer Produktion ein und blickt hinter die „verborgene Stätte der Produktion“ (Marx 1968). Sie macht folgende drei „Hintergrundgeschichten“ aus, die zu einem angemessenen Verständnis des heutigen Kapitalismus führen. Erstens die (gesellschaftliche) Reproduktion, die gesellschaftliche Subjekte schafft und damit Basis des gesellschaftlichen Zusammenhalts darstellt. Als Zweites behandelt sie die Natur, ohne deren Fähigkeit, Leben zu ermöglichen, die Warenproduktion und Kapitalakkumulation nicht möglich wäre. Die dritte Hintergrundgeschichte behandelt die Angewiesenheit auf staatliche Macht. Fraser macht diese Bereiche als explizit nicht-ökonomisch aus, die allerdings konstitutiv für den Kapitalismus seien und seine Existenz sicherten. Da sie jedoch eigenständige

Komponenten hätten, entstünden „Grenzkämpfe“, die das Potenzial für antikapitalistische Kämpfe bieten. Ingrid Kurz-Scherf fragt u.a., wie sich Bewegungen und Kämpfe zueinander verhalten, die an verschiedenen „Achsen der Ungleichheit“ (68) entstehen und divergierende Interessen vertreten – eine Frage, die auch Nancy Fraser offen lässt.

Weitere offene Punkte widmen sich den Fragen, wie sich der Spagat zwischen marxistischer Kritik am Kapitalismus und damit Lohnarbeit sowie gleichzeitiger Möglichkeit an gesellschaftlicher Teilhabe und ökonomischer Unabhängigkeit der Frauen durch Lohnarbeit bewältigen lässt. Teilweise wird die Möglichkeit von Frauen, erwerbstätig zu sein, dabei etwas zu unkritisch reflektiert. Zunächst wird die Tatsache vernachlässigt, dass Frauen aus nicht-bürgerlichen Familien aufgrund ihrer ökonomischen Lage gezwungen waren, neben der Hausarbeit erwerbstätig zu sein. Außerdem passt die zuvor entwickelte Analyse, wonach die Benachteiligung von Frauen im Kapitalismus strukturell angelegt ist, nicht mit dem Ziel der gleichen Bezahlung und einer fairen Aufteilung von Care-Arbeit im Kapitalismus zusammen. Auch die Forderung, den Lohnarbeitsbegriff nicht nur negativ zu begreifen, sondern auch den Emanzipationsgehalt und die Selbstverwirklichungsmöglichkeiten darin zu integrieren, verliert den Klassenbezug. Frauen aus unteren sozialen Klassen werden damit nicht adressiert.

Heidi Hartmann beschrieb 1981 das Verhältnis von Marxismus und Feminismus als „unglückliche Ehe“ und zeichnete Kapitalismus und Pat-

riarchat als zwei ineinander verschränkte, theoretisch unabhängige, Systeme. Weder vor 40 Jahren bestand Übereinkunft des Zusammenwirkens kapitalistischer und patriarchaler Ausbeutung, noch heute. So zeigt sich auch im Sammelband insgesamt und auch innerhalb einzelner Beiträge, dass keine allgemein geteilte Analyse darin besteht, ob Kapitalismus und Patriarchat als zwei sich gegenseitig beeinflussende, unabhängige Systeme verstanden werden oder ob Frauenunterdrückung konstitutiv für den Kapitalismus ist.

Andere Ungleichheitsachsen wie Rassismus und ihr Verhältnis zu feministischer und marxistischer Theorie werden in dem Sammelband ungenügend thematisiert. Gerade in der Auseinandersetzung mit Care-Arbeit ist das ein Versäumnis, da vor allem im privaten Pflegesektor vermehrt auf migrantische Hilfskräfte zurückgegriffen wird. Generell wird vorrangig, abgesehen von dem Beitrag von Adrienne Roberts, aus der Perspektive des globalen Nordens geschrieben.

Der Sammelband fasst den Stand der akademischen Debatte vor allem im deutschsprachigen Raum um das Verhältnis von Feminismus und Marxismus gut zusammen. So wird allerdings auch deutlich, dass viele Fragen und Themen offen bleiben und die Synergie von Feminismus und Marxismus noch nicht abgeschlossen ist.

Kim Lucht

Strukturveränderungen des Kapitalismus

Werner Rügemer, Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts. Gemeinverständlicher Abriss zum Aufstieg der neuen Finanzakteure, PapyRossa Verlag, Köln 2018, 357 S., 19,90 Euro

Spätestens seit Friedrich Merz, bis 2002 CDU-Fraktionschef und Intimfeind von Angela Merkel, (vergeblich) versucht hat, CDU-Vorsitzender und so möglicherweise Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zu werden, ist die Firma Blackrock in aller Munde: Merz ist Aufsichtsratsvorsitzender („und somit auch Chieflobbyist“, wie die Neue Zürcher Zeitung am 3.11.18 meint) von Blackrock-Deutschland. Blackrock ist der weltweit größte Vermögensverwalter. Mit einem verwalteten Vermögen von 6,3 Billionen Dollar managt die Firma zwar „nur“ knapp 4 Prozent des weltweiten Geldvermögens von 169 Billionen (2017), ist aber auch nur einer von Vielen. Sie halten Beteiligungen an fast allen größeren Unternehmen der westlichen Welt und üben über Anteile von oft weniger als fünf Prozent erheblichen Einfluss aus. Werner Rügemer schildert in seinem Buch anhand konkreter Beispiele, wie diese Einflussnahmen ablaufen, nennt Namen und Ereignisse.

Sein Buch besteht aus drei Teilen. Der erste, umfangreichste Teil beschäftigt sich mit den unterschiedlichen Finanzakteuren, von Vermögensverwaltern über Hedgefonds bis zu traditionellen Banken. Etwas aus dem Rahmen fällt der Abschnitt über „Internet-Kapitalisten“, die fünf „apokalyptischen Reiter“ (GAMFA: Google, Amazon, Microsoft, Face-

book, Apple) (149). Das sind keine Finanzakteure, wenn auch mit ihnen verbunden. Hinzu kommt – worauf Rügemer nicht explizit eingeht – dass die modernen Finanzoperationen ohne Digitalisierung nicht möglich wären, der Aufstieg der ‚neuen Kapitalisten‘ ist davon nicht zu trennen.

Im zweiten Teil behandelt der Autor das Verhältnis USA-Europa, wobei er die Dominanz der USA unterstreicht. Der dritte Teil widmet sich dem ‚kommunistisch geführten Kapitalismus‘ Chinas. Diese beiden Abschnitte sind wenig systematisch aufgebaut, die Darstellung eher anekdotisch. Sehr knapp ist der Abschnitt über China, dessen ‚geduldigen‘ Kapitalismus er vom ‚ungeduldigen‘ der USA abgrenzt (261). Nicht belegt wird die Behauptung: „Aber der kommunistisch geführte Kapitalismus wird von der KP gar nicht als Sozialismus ausgegeben.“ (281) Anders Xi Jinping: „Durch eine lange Periode harter Arbeit ist der Sozialismus chinesischer Prägung in eine neue Ära eingetreten, eine neue historische Richtung in der Entwicklung unseres Landes.“ (Eröffnungsrede auf dem Parteitag vom 18.10.2017, lt. Reuters Weltnachrichten). Tatsächlich würde kein Offizieller Chinas von ‚Kapitalismus‘ sprechen, die Selbstbezeichnung ist seit Jahrzehnten „Sozialismus chinesischer Prägung“.

Werner Rügemer ist einer der kreativsten Journalisten Deutschlands. Seine Arbeit über das „Cross-Border-Leasing“ deutscher Kommunen hat dieser absurden Finanzierungsmethode wahrscheinlich den Garaus gemacht. Seine Recherchen über illegale gewerkschaftsfeindliche Praktiken von Unternehmen und Korruptionsfälle waren Gegenstand von Prozes-

sen, die er fast alle gewonnen hat. Im vorliegenden Buch nutzt der Autor die Ergebnisse einschlägiger Nachforschungen, die Praktiken der ‚neuen Kapitalisten‘ werden auf gut verständliche Weise geschildert.

Auf drei wichtige Aspekte soll zusammenfassend verwiesen werden:

- Die Grenzen zwischen legalen, halb-legalen und illegalen Praktiken selbst großer und ‚renommierter‘ Unternehmen verschwimmen. Polizeiliche Großrazzien in den Büros von Weltkonzernen gehören inzwischen zur Normalität, ohne dass dies den Betroffenen wirklich schadet. Die Öffentlichkeit hat sich offensichtlich daran gewöhnt.

- Eine große Rolle beim Aufstieg der ‚Kapitalisten des 21. Jahrhunderts‘ spielen Steueroasen – die Nutzung von Steuerschlupflöchern ist ebenso zur Normalität geworden wie Steuerdeals mit Regierungen. Dabei geht es nicht nur um Steuervermeidung, sondern auch um die Verschleierung von Beteiligungsverhältnissen und Zahlungsströmen und das Unterlaufen von gesetzlichen Regeln. Während es kein größeres Unternehmen versäumt, sich hehre moralische Leitlinien zu verpassen, wird in der Praxis kaum ein Verstoß gegen die simpelsten Anstandsregeln ausgelassen, wenn er nur Geld bringt.

- Dass die Grenzen zwischen Legalität und Illegalität verschwimmen hat auch mit den politischen Beziehungen der ‚neuen Kapitalisten‘ zu tun – die Personalie Merz illustriert eine verbreitete Praxis. So hatte sich Blackrock schon 2012 den ehemaligen Präsidenten der Schweizerischen Nationalbank, Philipp Hildebrand, als „Vice-Chairman“ gesi-

chert. Dabei ging es nicht um Fachkenntnisse, sondern darum – wie die neoliberale NZZ mit entwaffnender Offenheit schreibt – dass diese (Merz und Hildebrand) „durch (ihre) gute Verdrahtung in Politik und Wirtschaft für das Unternehmen sicherlich viele Türen noch weiter öffnen konnte(n)“ (3.11.18)

Als guter Journalist nennt Rügemer Namen und Funktionen von Personen, bezieht sich auf konkrete Praktiken. Das hat Vor- und Nachteile. Zu den Vorteilen zählt der enge Bezug zu den sozialen Auseinandersetzungen, die für Rügemer auch bei anderen Recherchen im Vordergrund stehen. Diese entzünden sich nicht an abstrakten Strukturen, sondern haben immer benennbare Institutionen, Personen und Vorgänge im Auge. So gelingt es, personale Strukturen und Handlungsweisen der Agenten des Kapitals transparent zu machen. Auf der anderen Seite erschwert diese personalisierende Herangehensweise eine Analyse der Funktionsweise des ‚neuen‘ Kapitalismus. Was ist anders geworden seit der im Buch geschilderten Auflösung alter kapitalistischer Strukturen, also der „Deutschland AG“ (37) oder der „Frankreich AG“ (48)? Rügemer zeigt, dass die Finanzakteure über Kapitalbeziehungen und personelle Verbindungen miteinander verflochten sind – trotzdem konkurrieren sie gegeneinander und versuchen, möglichst viel Kapital an sich zu ziehen. Die Personalisierung könnte den Eindruck erwecken, als bestimmten wenige Personen den Lauf der Dinge – aber auch ein Larry Fink (Chef von Blackrock) ist austauschbar, unterliegt den Zwängen der Kapitalverwertung.

Kapitalfonds und Vermögensverwalter halten Anteile an tausenden von Unternehmen aus ganz unterschiedlichen Bereichen – ihnen geht es um Rendite. Zu diesem Zweck greifen sie auch in die Unternehmenspolitik ein, wobei sie sich – das zeigt Rügemer exemplarisch – Methoden bedienen, die in keinem Aktiengesetz vorgesehen sind. Aber befassen sie sich auch systematisch mit den industriellen Strategien ihrer Beteiligungsunternehmen? Berichte über „aktivistische Investoren“ zeigen, dass diese immer öfter Druck auf Geschäftsleitungen ausüben, wenn die Kosten zu hoch und die Erträge zu niedrig scheinen. Grund ist der Konkurrenzdruck, der auf den Fonds lastet – private, aber auch institutionelle Anleger wie Pensionsfonds und Versicherungen wechseln den Anlagefonds, wenn dieser nicht genügend Rendite erwirtschaftet. Rügemer weist eingangs mit Recht darauf hin, dass das Finanzkapital keineswegs eine „digitale Fiktion“ (8) ist, dass dieses tief in die „Realwirtschaft“ eingreift. Aber verfolgen die Finanzakteure dabei ‚realwirtschaftliche‘ Strategien, jenseits von kurzfristiger Kostensenkung und Gewinnmaximierung? Es wäre sicherlich verfehlt, in Rügemers Buch darauf definitive Antworten zu erwarten – aber die Fragestellung könnte zumindest aufgeworfen werden.

Eine weitere Unklarheit hängt mit der ‚Nationalitätenfrage‘ zusammen. Einerseits behauptet der Autor: „Die neuen Kapitalmächtigen bilden eine transnationale kapitalistische Klasse.“ (8) Oft wird die Nationalität von europäischen oder deutschen Unternehmen in Anführungszeichen gesetzt –

tatsächlich befindet sich die Aktienmehrheit oft in der Hand von Ausländern. Andererseits will das Buch zeigen, dass der „westliche“ Kapitalismus vom US-Kapital dominiert ist – also scheint es mit der Transnationalität des Kapitals doch nicht soweit her zu sein, die USA und das US-Kapital scheinen ‚nationale‘ Unterwerfungsstrategie zu verfolgen. Warum sollte das nicht auch für europäisches oder deutsches Kapital gelten – zumal der Autor selbst von „Verflechtung“ spricht (227)? Deutschland hat seit Jahrzehnten einen hohen Leistungsbilanzüberschuss, dessen Kehrseite Kapitalexport ist: Hat das keinerlei Auswirkungen auf die globale Struktur des Kapitals? Wenn es dominante ‚nationale‘ Kapitalakteure gibt (die zentrale Rolle des US-Kapitalismus ist unbestritten), dann müsste es auch dominierte Akteure geben. Rügemer lässt diese – sicher komplizierte – Materie außen vor.

Diese kritischen Anmerkungen sollen nicht das große Verdienst des Buches schmälern: Die ausgebreiteten Fakten verweisen auf tiefgreifende Veränderungen des Kapitalismus, die in den gängigen Kapitalismusanalysen nicht ausreichend berücksichtigt werden. Insofern ist Rügemers faktenreiche Arbeit eine Herausforderung an die moderne Kapitalismusanalyse.

Jörg Goldberg

AfD im Parlament

Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges/Gerd Wiegel, *Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD*, Westend Verlag, Frankfurt/Main 2018, 256 S., 20 Euro (E-Book: 13,99 Euro)

„Ohne an irgendeiner Regierung beteiligt zu sein, beeinflusst die AfD schon heute den Gesetzgebungsprozess. Besonders deutlich spürbar ist das in der Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik sowie im Bereich der Inneren Sicherheit“ (214), resümieren Christoph Butterwegge, Gudrun Hentges und Gerd Wiegel in ihrem Buch „Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD“. Sie ziehen ein Jahr nach dem Einzug der Partei in den Bundestag eine „Zwischenbilanz“ – und sie belegen den Einfluss der Partei, da andere Parteien mit „Anpassung“ reagieren: Sie „relativieren (...) ihre Programmatik, indem sie rückwärtsgewandte Forderungen wie die nach Abschottung und Abschiebung (statt Solidarität), nach beschleunigten Entscheidungsverfahren (statt mehr Demokratie) sowie nach einer polizeilich, wenn nicht militärisch flankierten Inneren Sicherheit (statt sozialer Sicherheit) übernehmen“ (8). Die Wahl der AfD in den Bundestag zeige einen „Umbruch des Parteiensystems“ (7), heißt es in der fundierten Studie.

Eingang beschreiben die AutorInnen „Rechtspopulismus“ als globales Phänomen. Sie sparen zu Recht nicht mit Kritik an der gängigen Verwendung des Begriffs („schillernd und unscharf“, 10) und dessen inflationärer Nutzung, die ihn oft nur als das „demokratisch geläuterte, moderate Pendant zum Rechtsextremismus“ (10) erscheinen lässt. Sie beschreiben ihn stattdessen als Ergebnis eines „umfassenden Modernisierungsprozesses“ (9) des „Rechtsextremismus“, durch den es der radikalen Rechten gelungen sei, „sich auch im Land der Täter vom ‚Geruch der Gaskammern‘

zu befreien“ (ebd.). Deutlich verweisen die AutorInnen auch auf die „Affinität des Rechtspopulismus zum Neoliberalismus“ (13) und benennen wachsende Konkurrenz sowie Vermarktlichung aller Lebensbereiche und Angst als wichtige Triebkräfte der verschiedenen Formen des rechten „Populismus“ (Sozialpopulismus, Kriminalpopulismus, Nationalpopulismus, Radikalpopulismus; 14-16). Sie verweisen zudem auf die „moralische Erosion der Demokratie und die Transformation der politischen Kultur“ (23), unter anderem die Renaissance nationaler Identität oder die neokonservativen und neu-rechten Debatten um Geschichtspolitik seit den 1980er Jahren. Es bleibt hier aber mit Blick auf die völkische Radikalisierung der AfD, ihre antiparlamentarische Praxis sowie die tiefe Verstrickung in rechts-radikale und neonazistische Spektren zu fragen, ob der Begriff des Rechtspopulismus noch richtig ist?

Die Entwicklung und Radikalisierung der AfD stehen im Zentrum des zweiten Kapitels. Sinnvoll sind für das Verständnis der heutigen Rechten die Verweise auf internationale Vorbilder, frühere rechte Parteigründungen sowie den Aufbau der AfD durch neoliberale Professoren. Die AutorInnen belegen, dass die AfD bereits damals einen akzeptierten „harten Kern ultrarechter Ideologen“ (38) besaß. Im kurzen dritten Kapitel geht es um die Wahlerfolge der Partei. Die AfD habe es inzwischen „zu einer landesweiten Verankerung gebracht, die sie für längere Zeit zu einer wichtigen Größe der Parteipolitik in Deutschland macht“ (ebd.). In den Parlamenten entfalte sie nun eine „antiparlamentarische Praxis“ (53) und schaffe in sozialen Fragen ei-

nen politischen Spagat zwischen „knallharter Interessenpolitik für den gehobenen Mittelstand“ (59) und „völkischer Thematisierung der sozialen Frage“ (ebd.).

Kern des Buches ist ein umfangreiches Kapitel zum parlamentarischen Wirken der Partei. Ihre Fraktionen werden aufgrund ihrer Ausstattungen, ihrer Funktion und ihrer medialen Beachtung als „zentrale politische Akteure der Partei“ (213) verstanden. Entlang zentraler Themen werden ihre Positionen anhand von Reden, Anträgen und Anfragen im Detail bestimmt und ihr typisches Auftreten beschrieben. Deutlich weisen die AutorInnen auf politische Konflikte hin, die ein Zerbrechen der AfD noch immer denkbar machen. Denn während sie in der Asyl- und Flüchtlingspolitik („Schlüsselthema der AfD“, 64) und in Fragen von innerer Sicherheit oder der Bevölkerungspolitik relativ konsistente Positionen habe, gebe es in der Sozial-, Arbeits- oder Rentenpolitik noch immer Widersprüche sowie „gravierende Leer- und/oder Schwachstellen“ (ebd.). Dieser Teil des Buches ist eine wertvolle Analyse und Dokumentation, um die Themen, parlamentarische Praxis und ideologische Bruchlinien der Partei nachzuvollziehen. Es geht um Flucht und Migration, Innenpolitik, Rassismus und Antisemitismus, Erinnerungs- und Geschichtspolitik, Sozialpopulismus und Armut, Demographie und Bevölkerungspolitik, Antifeminismus sowie Außen- und Europapolitik. In weiteren (sehr) kurzen Kapiteln werfen die AutorInnen ein Blick auf die Verbindungen der AfD nach rechtsaußen sowie auf ihre Social Media-Präsenz. Hingewiesen sei hier nur auf ein Zitat von der neu-rechten Website „Sezessi-

on“, die nach der Bundestagswahl jubelte: „Auch für uns bricht eine andere Zeit an: erneute Resonanzraumerweiterung, berufliche Auffangnetze für manchen, der sich vorwagte“ (195).

Der AfD gehe es „um einen prinzipiellen Bruch mit zentralen Werten des Grundgesetzes“ (213), schreiben die AutorInnen in ihrem Fazit. Sollte die Partei ein realer Machtfaktor werden, „ist die Demokratie sogar akut bedroht“ (214), warnen Butterwegge, Hentges und Wiegel. Zurecht schlagen sie als ein Mittel gegen die AfD vor, die „logischen Widersprüche und inneren Brüche“ (216) der Partei aufzudecken. Vor allem in der Sozialpolitik zeige sich der „elektorale Spagat“ zwischen Mittelschicht einerseits und Geringverdienern und Erwerbslosen andererseits. Das aufzuzeigen ist notwendig, wie auch die anti-soziale Praxis der Rechtsregierungen in Ungarn oder Österreich zeigt. Doch die Effek-

tivität dieser – im Kern richtigen – Strategie sollte diskutiert werden. Denn die wenigsten AfD-WählerInnen erhoffen sich durch die Wahl der AfD tatsächlich eine bessere Sozialpolitik oder höhere Löhne – sie wissen sehr genau um den programmatischen Kern der Partei und wählen die Partei genau deswegen: Rassismus, Nationalchauvinismus und eine reaktionäre Antwort auf Emanzipationsbestrebungen. Dem ist nur begrenzt mit rationaler Aufklärung über den anti-sozialen Charakter der AfD beizukommen. Die Vertiefung der Widersprüche an diesen Fragen könnte allerdings dazu beitragen, die Partei im Innern weiter zu zerrütten. Das besprochene Buch liefert Argumente, Einschätzungen und Materialien zum Aufstieg der radikalen Rechten und Anregungen für die Diskussion zur Gegenwehr.

Paul Wellso